

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Heute mit 48 Seiten

Welche Schweiz wollen wir?

2

Europa der Vaterländer?

22

Kirche in Not

31

Altstadt von Wil SG zur Weihnachtszeit

Bild: Barbara Steinemann, Watt-Regensdorf ZH



Ziele und Forderungen der SVP Schweiz für die Legislatur 2023/2027

Welche Schweiz wollen wir?

hf. Wir publizieren nachstehend das eindruckliche Votum, das Parteipräsident Marco Chiesa am 11. November 2023 anlässlich der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz im thurgauischen Alterswilten gehalten hat. Nach einem Rückblick auf die erfolgreichen Wahlen vom 22. Oktober dankte er allen Beteiligten, «die dazu beigetragen haben, dass wir fast 100'000 zusätzliche Wählerinnen und Wähler gewinnen konnten». Vor allem aber hat er die Ziele genannt, für welche die SVP in den kommenden Jahren kämpfen wird.



Geschätzte Delegierte, welches ist der wichtigste Grund für unseren Wahlerfolg? Wir sprechen über die Themen, welche die Leute beschäftigen. Die Wählerinnen und Wähler wollen in zentralen Fragen eine andere Politik. Sie haben die Nase voll vom links-grünen Asyl-Chaos, von der links-grünen masslosen Zuwanderungs-Politik, von der links-grünen Klimahysterie und von der links-grünen Verbots-Politik. Diesen Wählerauftrag müssen wir mit aller Kraft umsetzen!

Wir haben den Auftrag gefasst, die Erfolgsgeschichte der Schweiz weiter zu schreiben. Die Gründe dafür sind unsere direkte Demokratie, unser Föderalismus, unsere Neutralität und unsere Unabhängigkeit. Doch diese Stärken geraten immer wieder unter Druck. Deshalb müssen wir sie verteidigen.

Diese Schweiz wollen wir

- Wir wollen eine unabhängige und neutrale Schweiz. Wir wollen keinen Unterwerfungsvertrag mit der EU und keine fremden Richter.
- Wir wollen keine 10-Millionen-Schweiz. Wir wollen die Zuwanderung selbst steuern und weiter in einer schönen und intakten Heimat leben.
- Wir wollen das Asyl-Chaos stoppen. Wir wollen kriminelle Ausländer konsequent ausschaffen.

- Wir wollen weniger Steuern, Abgaben und Gebühren. Wer hart arbeitet, soll mehr Geld im Portemonnaie haben. Wir wollen einen schlanken Staat und keine fette Verwaltung.
- Wir wollen mehr Freiheit und mehr Wohlstand. Wir wollen keine neuen Gesetze, Verbote und Regulierungen.
- Wir wollen keine Unterwanderung der Gesellschaft durch Links-Grün, sei es durch Klimakleber, Gender-Terror oder Verbots-Wahnsinn.

Dank dem Wahlerfolg der SVP wurde das bürgerliche Lager gestärkt. Links-Grün wurde geschwächt. Auch dies ist ein klares Signal: Die Wähler haben genug von Ideologien und teuren Träumereien. Sie wollen eine realistische, bodenständige Politik. Dafür steht die SVP. Nur dank der SVP hat die Schweiz das institutionelle Abkommen mit der EU beerdigt. Aber Achtung: Die anderen Parteien wollen sich immer noch bei der EU anbieten. Nur die SVP setzt sich konsequent für die Interessen der Schweiz ein. Wir werden jegliche Anbindung an EU oder Nato bekämpfen. Es darf keinen schleichenden EU-Beitritt geben. Wir sagen Nein zum Ausverkauf unserer Heimat.

Freiheit und Sicherheit

Die SVP setzt sich konsequent für die immerwährende, bewaffnete, integrale Neutralität ein, denn sie hat unserem Land in den vergangenen 200 Jahren Sicherheit und Wohlstand garantiert. Und gerade in der aktuellen Kriegszeit ist die Neutralität wichtiger denn je. Deshalb unterstützen wir die Neutralitäts-Initiative. Und deshalb lehnen wir eine Annäherung an die Nato, den Uno-Migrationspakt und den WHO-Pandemiepakt ab.

Jos. Rüetschli

Heizöl - Diesel - Petrol

Kohlen - Brikette - Brennholz

Spezial-Grillkohle

Altstoff-Recycling

4542 Luterbach Telefon 032 682 43 02 Natel 079 631 46 65

«Schweizerzeit»-Special

Fr. 69.– pro Monat exkl. MWSt.
inkl. 300 Kopien und Vor-Ort-Garantie

A3-Farbkopierer, -Scanner, -Drucker und -Telefax
inkl. Original-Einzug, 2 Kassetten, Stapel-Einzug, Unterschrank, TOP-Qualität, dank 1200 dpi, Duplex, Netzwerk, USB 2.0, automat. Hefter, Air-Print, Super Touch-Display, farbig

3 Jahre Vor-Ort-Garantie

OCoTex AG – 041 799 50 00

Wir wollen eine freie und sichere Schweiz. Deshalb brauchen wir endlich wieder eine genügend ausgerüstete Armee. Wir müssen mit allen Mitteln sicherstellen, dass wir uns wieder selbst verteidigen können. Und wir brauchen bezahlbare und jederzeit verfügbare Energie.

Zur Wahrung und Stärkung unserer Unabhängigkeit gehört auch eine sichere Landesversorgung. Die landwirtschaftliche Produktion darf nicht durch links-grüne Vorschriften und Bürokratie behindert werden. Der Selbstversorgungsgrad muss erhöht werden.

Selbstbestimmung und Eigenverantwortung

Zentrale Erfolgsfaktoren der Schweiz sind Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Diese Werte müssen wir auch in der Altersvorsorge, bei der Sozialversicherung und im Gesundheitswesen stärken. Die Kosten für die Krankenkassenprämien dürfen nicht weiter steigen. Viele Normalverdiener, viele Familien können die Prämien nicht mehr bezahlen. Heute müssen dafür die Steuerzahler herhalten. Diese links-grüne Umverteilung müssen wir stoppen. Für Asylanten und Personen mit ungeklärtem Aufenthaltsrecht ist eine «Krankenkasse light» zu schaffen.

Fortsetzung auf Seite 5

Dank an Abonnenten und Inserenten

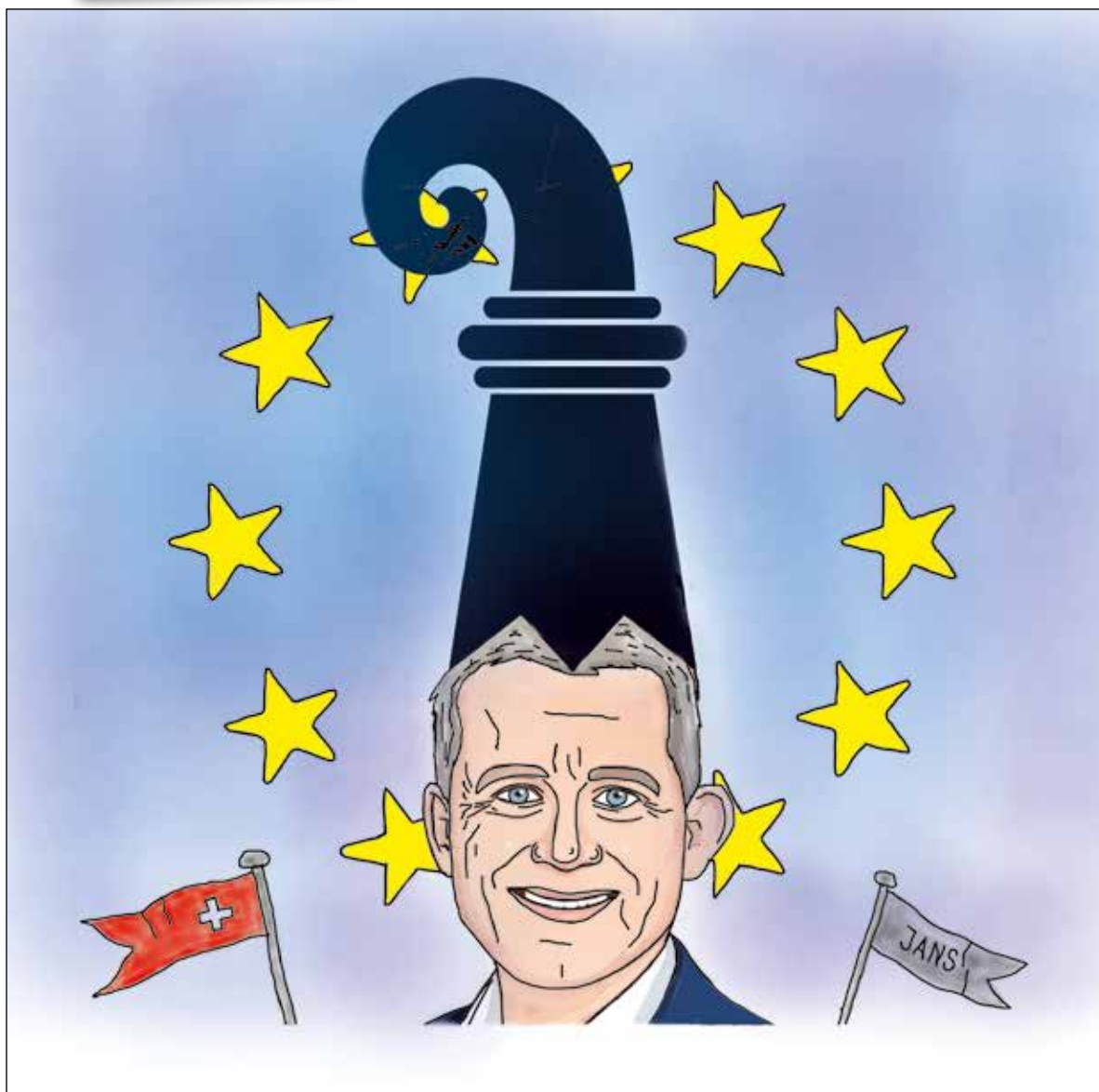
Es ist uns ein besonderes Anliegen, all unseren Abonnenten und Inserenten, welche die Schweizerzeit seit vielen Jahren oder als Neuabonnenten sowie mit Inseraten unterstützen, an der Schwelle zum neuen Jahr ganz herzlich zu danken. Ohne Ihre vielfältige und grosszügige Unterstützung wäre uns es nicht möglich, den EU-süchtigen Medien-Eintopf aufzubrechen und immer wieder die Stimme der Schweiz zu erheben – die Stimme der unabhängigen, selbstbestimmten, neutralen und sicheren Schweiz!

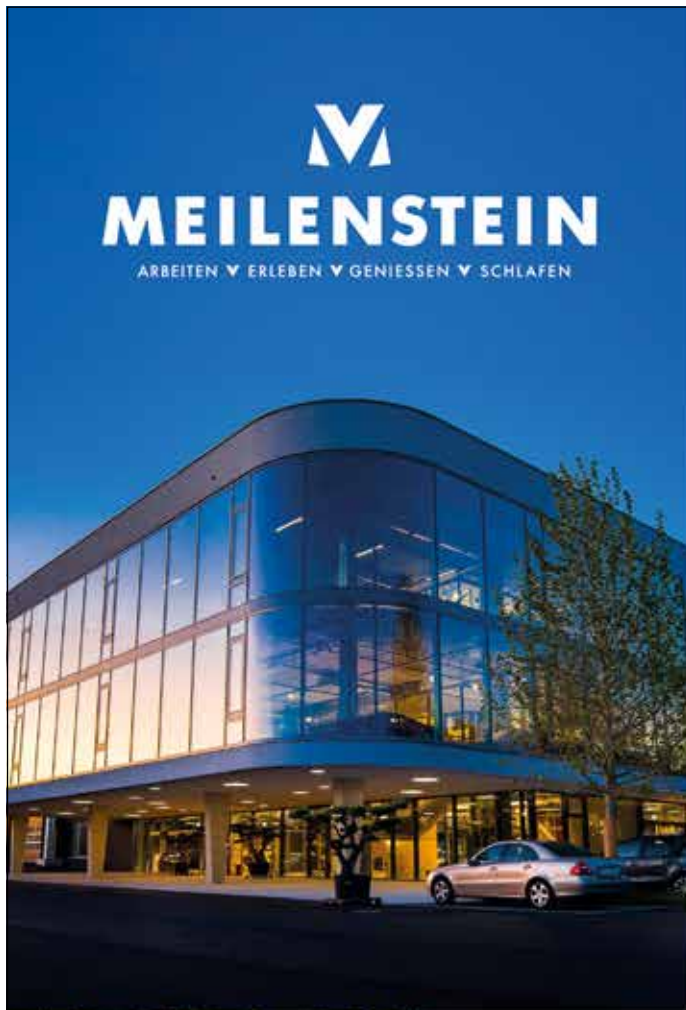
Wir freuen uns, wenn wir weiterhin auf Sie zählen dürfen und wünschen Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und ein gefreutes 2024!

Redaktion und Verlag Schweizerzeit

Das kleinere Übel – oder einfach der «nettere» Linksideologe?

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl





MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN

➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 53 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

Die Explosion der Sozialausgaben ist auf allen Ebenen zu stoppen. Die Zuwanderung in unsere Sozialsysteme muss aufhören. Der Zugang der Zuwanderer in unser Gesundheitssystem ist zu begrenzen. Wir müssen eine Debatte über kostendeckende Einwanderungspauschalen führen. Im Tourismus kennen wir die Kurtaxen. Erheben wir eine «Kurtaxe» für Einwanderer!

Masslose Zuwanderung und Asylchaos stoppen

Geschätzte Delegierte, es ist eine Tatsache – und die Wahlergebnisse bestätigen es: Fast alle Probleme, die wir heute in unserem Land haben, sind auf die masslose Zuwanderung zurückzuführen. Heute kommen zu viele und die Falschen. Mit der Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» schützen wir unser Land, unsere Bevölkerung, unsere natürlichen Ressourcen. Das Asyl-Chaos muss dringend gestoppt werden. Mehr als 129'000 Personen befinden sich aktuell im Asylprozess. Und dabei sind die meisten dieser Asylanten gar keine Flüchtlinge! Wir wollen einen Asyl-Stopp. Asylgesuche sollen nur noch in Transitonen ausserhalb der Schweiz bearbeitet werden. Wer sich illegal hier aufhält oder kriminell wird, muss die Schweiz verlassen. Staaten, die sich weigern, Abgewiesene zurückzunehmen, sollen von den Schweizer Steuerzahlern auch keine Entwicklungshilfe mehr bekommen.

Systematische Grenzkontrollen

Um unsere Sicherheit zu wahren und den Asylmissbrauch zu verhindern, müssen wir auch wieder systematische Grenzkontrollen einführen. Ein Asylbewerber, der auf dem Landweg von Italien kommt und in Chiasso ein Gesuch stellt – das darf es laut Dublin gar nicht geben. Aber es ist leider Alltag.

*

Geschätzte Delegierte, die Mitte-links-Mehrheit der letzten vier Jahre war verheerend. Jetzt ist die Zeit gekommen für eine Kurskorrektur. Schluss mit ideologischen Experimenten und teuren Utopien! Die Wähler wollen frei, sicher und in Wohlstand leben. Sie wollen eine neutrale, unabhängige und eigenständige Schweiz. Genau dafür steht die SVP. Genau dafür setzen wir uns ein – für eine sichere Zukunft in Freiheit. Machen wir uns an die Arbeit!

Marco Chiesa

Ihr Inserat in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
Pro Schweiz-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied
PIKOM-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Konkordanz statt Kompetenz



Eine Tatsache wird von allen politischen Kräften zu Bern übereinstimmend beurteilt: Die Schweiz blickt – keineswegs als einziges Land dieser Welt – schwierigen Zeiten entgegen. Nicht beherrschbare Masseneinwanderung, Krieg in Europa und Nahost, Islamisierungs-Diktat, währungsgefährdende Überschuldung von EU und USA, gravierend stotternder Wirtschaftsmotor Deutschland und, und, und... Eigentlich Gründe genug, vor allem bestausgewiesene, erfahrene, krisentaugliche Persönlichkeiten in die Landesregierung zu wählen. Unsere Bundesversammlung entschied freilich anders.

Beide Juso-Exponenten, in der SP-Fraktion als Bundesratskandidaten durchgesetzt, wurden von den weitsichtigen, die Landesinteressen in den Mittelpunkt stellenden bürgerlichen Parlamentsmitgliedern nach stattgehabten Befragungen als «unwählbar» eingestuft. Die SP-Fraktion drohte – nachdem sie erfahrene, der Regierungsaufgabe weit eher gewachsene Bundesratsbewerber zurückgebunden, teilweise gar entehrend in die Wüste verbannt hatte – mit massiver «Retourkutsche» – mit künftigem Konkordanz-Bruch in späteren Wahlen, sollte 2023 nicht einer der Juso-Favoriten gewählt werden.

Kurze Zeit schien es, die bürgerliche Mehrheit in der Bundesversammlung würde Erfahrung der ideologisch motivierten Spurtreue vorziehen. Dann aber kuschelten jene, die sich zur bürgerlichen Mitte zählen. Sie beschränkten sich darauf, dem Schmalspur-Ideologen den Vorzug zu geben vor dem radikalen Heisssporn. Von der SP eingeengte Konkordanz wurde ausgewiesener Kompetenz vorgezogen.

Noch schlimmer: Jener FDP-Nationalrat, der hörbar dazu aufforderte, dem ideologisch unterlegten Juso-Diktat eine Absage zu erteilen, stattdessen Kompetenz ausstrahlenden SP-Parlamentariern den Vorzug zu geben: Dieser Nationalrat wurde von seiner Fraktion, von der FDP öffentlich als «Abweichler» abgestraft. Obwohl jedem Mitglied der Bundesversammlung per Verfassung garantiert ist, sein Stimmrecht frei von jeglicher Instruktion in der Bundesversammlung ausüben zu können.

So beugte sich die Mehrheit der Bundesversammlung der von Juso-Kräften bestimmten Ideologie. Konkordanz vor Kompetenz: Ob Bundesbern damit seine Krisentauglichkeit bewiesen hat?

Ulrich Schliuer

Spalte
rechts



FITNESS fi ISLAND

FEUER | WASSER | SALZ

Industriestrasse 25, 9552 Bronschhofen, www.fitness-island.ch

Onlineshop: www.4spa.ch



Schenken Sie Gesundheit und Wohlbefinden mit Fitness Island Gutscheinen!



Deutschlands gescheiterte Energiewende – und die Schweiz?

Strom, Heu und Wintermantel

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Die Schweizerzeit erklärt, was der Unterschied zwischen Strom und Heu ist. Und weshalb der Mantelerlass zum Wintermantel führt.



Der jährliche Energiebedarf der Schweiz beträgt 220'000 GWh (Gigawattstunden). Davon stammen aus den Kernkraftwerken 20'000 GWh und aus den fossilen Brennstoffen (Benzin, Diesel, Öl und Gas) 131'000 GWh.

Alle 1,5 Quadratkilometer ein Windrad

Das «Energiekonzept 2050» verlangt somit, dass 151'000 GWh durch die Wind- und Sonnenenergie ersetzt werden. Um dies mit Wind zu erreichen, wären rund 19'000 Windräder erforderlich. Da nur ein beschränkter Teil der Landesfläche dafür geeignet ist, käme vom Genferbis zum Bodensee alle 1,5 Quadratkilometer ein Windrad zu stehen! Das macht deutlich, wie ungeeignet die Schweiz für Windräder ist. Die Auslastung der bestehenden sechzig Windräder der Schweiz beträgt zudem lediglich 17 Prozent. Die Auslastung an Deutschlands Nordseeküste beträgt das Doppelte.

6'560 Gondosolar-Anlagen

Deshalb stehen neunzig Prozent der deutschen Windräder nördlich von Berlin – und darum mahlten früher die Holländer ihr Getreide mit Wind- und wir mit Wasserrädern. Richtig gerechnet vermag, trotz anders lautenden Behauptungen, bei einer Jahresproduktion eines Windrades von acht GWh ein Windrad nur den Bedarf von 400 Personen abzudecken. Die geplante Solargrossanlage Gondosolar (VS) wiederum beansprucht eine Fläche von 100'000 Quadratmetern oder zehn Hektaren und produziert gemäss der Bauherrin Alpiq im Jahr 23 GWh. Um die 151'000 GWh zu ersetzen wären 6'560 solcher Anlagen nötig, verteilt auf 2'100 Gemeinden. Diese Fläche entspricht 2/3 der Fläche des Kantons Thurgau. Auch das ist ein unmöglicher Gedanke. Und ein Mix aus Windrädern und Solaranlagen ändert am enormen Platzbedarf nichts.

Die Sache mit dem Heu

Wind- und Sonnenenergie sind nicht planbar. Der sogenannte Volllaststundenfaktor beträgt für Windräder weniger als zwanzig Prozent, jener von Solaranlagen etwa zwölf Prozent. Noch grösser als die täglichen Schwankungen sind die saisonalen Schwankungen. Sie betragen bei Solaranlagen 1:5. Das bedeutet, dass Energie in grossen Mengen gespeichert werden muss. Die Landwirte machen es vor. Sie produzieren im Sommer Heu, das sie dann im Winter verfüttern können. Beim Strom geht das nicht. Für grosse Mengen kommen

aktuell nur Pumpspeicherbecken oder der Umweg über den Wasserstoff in Frage. So oder so sind die Verluste gigantisch. Bei Pumpspeicherbecken beträgt der Verlust über fünfzig Prozent, und bei der Produktion und Anwendung von Wasserstoff über siebzig Prozent.

Deutschlands Desaster

Das Auf-den-Kopf-Stellen der bewährten Energieversorgung ist ein Mammutprojekt, für das jegliche Erfahrung fehlt. Es ist angesichts der enormen Kosten unverantwortlich, auf gut Glück Windräder in die Landschaften zu setzen. Deutschland hat es ausprobiert, es endete im Desaster: Die erstellten 30'000 Windräder und 600 Quadratkilometer Solaranlagen vermögen gerade einmal knapp zehn Prozent des gesamten Energiebedarfes abzudecken. Der Bau der Windräder ist ins Stocken geraten. Die Stromengpässe versucht man nun mit teurem Flüssiggas und dem Wiederhochfahren von alten Kohlekraftwerken zu lindern. Das ist das stille Eingeständnis, dass die Energiewende mittels Wind und Sonne gescheitert ist.

Mantelerlass und Wintermantel

Und die Schweiz? Der vom Bund geplante «Mantelerlass» soll angeblich die Versorgungssicherheit erhöhen. In Tat und Wahrheit werden damit nur die Grundrechte eingeschränkt. Und ohne genügend Energie werden wir bald in unseren Wohnungen den Wintermantel anziehen müssen. Wir haben die Wahl, es anders – besser – als Deutschland zu machen.

Hermann Lei

Die obige Beurteilung basiert auf einem Manuskript von Ueli Gubler, Ingenieur HTL, Gemeindeammann von Stettfurt zwischen 1995–2007; parteilos, der für spannende Vorträge über die gescheiterte Energiewende und den «anthropogenen» Klimawandel gerne zur Verfügung steht: ueli.gubler@outlook.com, +41 52 376 41 37



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
 Telefon 081 844 09 08
 Telefax 081 844 10 20
 Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
 (nur 1 Minute vom
 Billettschalter entfernt)
 Telefon 081 253 60 60



Festliche Arrangements für besondere Feiertage

Ob Weihnachten oder Silvester:
Geniessen Sie besinnliche
Stunden im Appenzeller Land
mit authentischer Küche und
erholsamen Wellness-Momenten.

Weitere Informationen und Buchung:
baeren-gonten.ch/schlafen/specials/



BÄREN
GONTEN | APPENZELL



Boutique Hotel Bären Gonten AG | Dorfstrasse 40 | 9108 Gonten AI, Switzerland
T +41 71 795 40 10 | www.baeren-gonten.ch

Leserbriefe

Mantelerlass aus der «Röschtiküche»

Mit dem vom Bundesparlament am 29. September 2023 verabschiedeten «Mantelerlass» (Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien) wird der Natur- und Landschaftsschutz obsolet. Dies gilt für Windräder und ebenso für Solarparks. Die Umwelt würde verschandelt, ohne dass das Energieproblem wirklich gelöst würde. Was wir brauchen sind Kernkraftwerke der neuesten Generation, welche – nebst den Laufkraftwerken an Flüssen – die nötige Bandenergie liefern. Mit dem «Mantelerlass» würde die Demokratie fast vollständig ausgehebelt, und der Bundesrat bekäme weitgehend freie Hand. Es ist schon schlimm genug, dass dieses Gesetz aus der «Röschtiküche» stammt. Noch schlimmer ist, wie in der Schweizerzeit Nr. 22 vom 10. November 2023 zu lesen war, dass lediglich ein Drittel der SVP-Nationalräte und ein einziger FDPLer das Gesetz abgelehnt haben – und im Ständerat herrschte sogar Einigkeit! Wollten die betreffenden SVP-National- und Ständeräte ihren eigenen Bundesrat nicht desavouieren? Sachpolitik sieht anders aus. Die Referendumsfrist läuft am 18. Januar 2024 ab; etwas Zeit zum Unterschreiben bleibt also noch.

Mario Sasso, Seuzach ZH

Folgen einer verfehlten Migrationspolitik

Schon 2019 lag die Leseleistung von Schülern mit Migrationshintergrund um 52 Punkte tiefer als jene von Schweizer Schülern. Nicht die Kinder von qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland sind das Problem, sondern eine durch die Personenfreizügigkeit und die Asylnmigration unkontrolliert gewordene Zuwanderung nach dem Motto «Masse statt Klasse». Übrigens: Kein Land gibt in der OECD pro Kopf mehr für die Bildung aus als die Schweiz. 2020 waren es rund 26'000 Dollar pro Kind in der Primarschule

Alex Schneider, Küttigen AG

Ein Volk der Dummen?

Zu Tis Hagmanns «Ein Volk der Dummen» (Schweizerzeit vom 8. Dezember 2023) folgendes: Ob man

das Volk dumm nennt oder einfach nur bequem, ist nicht entscheidend dafür, was es tut oder eben nicht tut. So oder so ist es in unserer direkten Demokratie letztlich verantwortlich für die Politik unseres Landes. Unsere Politiker verursachen zwar das Asylchaos, die Energiemangellage, sie beerdigen die Neutralität, greifen in diktatorischer Manier zu Notrecht und binden die Schweiz an die EU an – aber das Volk segnet seit nun über dreissig Jahren mehrheitlich genau dieses schweizfeindliche Treiben durch die Wahl von Politikern ab, die dem sozialistischen Internationalismus weit näher stehen als schweizerischen Werten. Darum sollten wir uns viel mehr um unsere Nachbarn, um unsere Wähler und Nichtwähler kümmern, statt anschliessend die gewählten Politiker zu kritisieren. Und mit «kümmern» meine ich: Wir müssen den Leuten zuhören, sie zu verstehen suchen und sie ernst nehmen. Nur so werden sie auch uns zuzuhören. Und nur so kommen wir aus der Sackgasse heraus!

Albert Eisenring, Gossau ZH

Ein schwarzer Tag für die produzierende Landwirtschaft

(Nachtrag zu den Ständeratswahlen, 2. Wahlgang vom 19. November 2023). Eine verlässliche bürgerliche Mehrheit wäre für uns Bauern, vor allem im Ständerat, sehr wichtig. Aber was ist geschehen? Im Kanton Zürich wurde mit Frau Moser eine Bauerngegnerin und EU-Beitrittsfanatikerin gewählt, und im Kanton Aargau mit Frau Binder eine Mitte-links-Politikerin. In Schaffhausen haben wir den bürgerlichen Sitz an die SP verloren, und im Kanton Solothurn unterstützte der kantonale Bauernverband den Bürgerlichen Imark nicht – mit der Begründung, man wolle «auch mit der Gegenseite ein gutes Verhältnis» haben. Hat dieser Bauernverband vergessen, dass die nun gewählte Frau Roth praktisch immer gegen die produzierende Landwirtschaft gestimmt hat? Zudem hat der Bauernverband beider Basel (BVBB) die links-grüne Ständerätin Maya Graf unterstützt. Wenn wir in der Landwirtschaft so weitermachen, schaffen wir uns noch selbst ab. Fazit: Wir haben keine bürgerlichen Mehrheiten mehr, zumal die heutige «Mitte» immer mehr nach links abdriftet und oft mit der Antibauernpartei der Grünliberalen zusammen geht.

Sepp Oetiker, alt Landwirt, Zuzgen BL



innova
Sicherheitstechnik.com

INNOVA Sicherheitstechnik Schweiz AG
Lindenhofstrasse 8a
9630 Wattwil
+41 71 988 22 00
info@innova-sicherheitstechnik.ch

Krisenvorsorge | Notvorrat | Trinkwasser | Technik





Wir beraten Sie gerne persönlich und diskret!











WWW.INNOVA-SICHERHEITSTECHNIK.CH



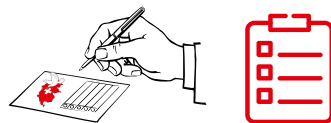
«Mythos macht Mut»

Die überparteiliche Bewegung Pro Schweiz kämpft...

- für eine unabhängige, eigenständige, souveräne Schweiz
- für eine neutrale Schweiz
- für eine starke militärische Landesverteidigung
- gegen den schleichenden EU- und NATO-Beitritt
- gegen fremdes EU-Recht
- gegen fremde EU-Richter
- gegen das WHO-Gesundheitsdiktat.



Jetzt Neutralitätsinitiative unterschreiben und unterstützen.



Unterschriftenbögen bestellen:
Tel. 031 356 27 27, info@proschweiz.ch



Jetzt Mitglied werden!



Einzelmitglied CHF 45,
Ehepaar CHF 60, Gönner CHF 100



Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra

Postfach, 3822 Lauterbrunnen
Tel. 031 356 27 27, info@proschweiz.ch
www.proschweiz.ch

Besuchen sie uns auf



Die Verhandlungen mit Brüssel über den sog. Rahmenvertrag hat der Bundesrat vor bald drei Jahren abgebrochen. Nicht, weil Bundesbern den Vertragsentwurf damals als untauglich für die Schweiz eingestuft hätte. Er brach die Verhandlungen ab, weil wiederholt durchgeführte Meinungsumfragen – deren genaue Resultate er der Öffentlichkeit stets vorenthielt – ihm zeigten: Dieser die Souveränität der Schweiz massiv beschneidende Rahmenvertrag wäre in der nicht zu umgehenden Volksabstimmung chancenlos. Lieber Verhandlungsabbruch als Abstimmungsniederlage: So lautete der Entscheid des Bundesrats, der zum Abbruch der Verhandlungen mit Brüssel veranlasst hat.

*

Der EU-Apparat mit seiner machttrunkenen Chefin Ursula von der Leyen reagierte, wie Machtapparate immer reagieren: Der bundesrätlich veranlasste Handlungsabbruch wurde als Beleidigung Brüssels gewertet. Entsprechend wurden Abgesandte Bundesberns zusammengestaucht. Und Repressalien wurden Tatsache: Aussperrung der Schweiz von Forschungsprogrammen, Ächtung des Börsenplatzes Zürich und andere Schikanen trafen die «unbotmässige Schweiz».

In der Sache erwies sich die demonstrative Weichklopff-Strategie Brüssels zwar als weitgehend wirkungslos. Das Schweizervolk nahm die EU-Repressionen gelassen, täglich feststellend, dass es dem EU-Nichtmitglied Schweiz in Europa bezüglich Wirtschaftserfolg, Wohlstandsentwicklung und Handlungsfreiheit haushoch besser ergeht als der im Schuldenmorast ächzenden Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten; von Zeit zu Zeit ein Blick nach Deutschland genügt, das Ausmass der EU-Misere zu durchschauen.

Aber Bundesbern erträgt Schelte aus Brüssel nicht. Insbesondere Berns «Aussenministerium» will bei Ursula von der Leyen Liebling sein. So goss das Departement Cassis – mit einer Bundesratsmehrheit im Rücken – alten, abgestandenen Wein in neue Schläuche. Um wieder Verhandlungen führen zu können, demonstriert Bundesrat Cassis vorauseilenden Gehorsam, indem sich Bundesbern Brüssel gegenüber als dauerhaft tributpflichtig unterwirft. Künftig soll alljährlich weit mehr als bloss eine Kohäsionsmilliarde an Schweizer Franken ins EU-Schuldenloch geschüttet werden.

*

Und tunlichst verbirgt Bundesbern dem eigenen Volk gegenüber das folgenreichste Element im neuen Verhandlungsangebot. Obwohl genau diese Forderung Brüssels den Rahmenvertrag im Blick auf den Schweizer Souverän scheitern liess, erklärt sich der Bundesrat bereits vor Verhandlungsbeginn als grundsätzlich bereit, die Schweiz dem letztinstanzlichen Urteil des EU-Gerichtshofs, also dem unanfechtbaren Entscheid fremder Richter zu unterwerfen. Natürlich darf zuvor in mehreren Gremien über Meinungsverschiedenheiten mitdiskutiert werden. Aber am Ende trifft der EU-Gerichtshof allein den endgültigen, von der Schweiz nicht

mehr beeinflussbaren, aber zwingend zu vollziehenden Entscheid. Und der EU-Gerichtshof – das unterschlägt Bundesbern dem eigenen Volk gegenüber notorisch – entscheidet bei akuten Meinungsverschiedenheiten nie bloss über Recht und Unrecht. Sein Entscheid untersteht vielmehr der ihm verbindlich übertragenen Auflage, mit jedem Urteil die EU bezüglich der von Brüssel allein definierten «Rechtsvereinheitlichung» zu stärken.

*

Solch verbindlichem Auftrag an den Gerichtshof gegenüber hat der Kleinstaat Schweiz keine Chance. Da diktiert Brüssels Funktionärsapparat abschliessend und endgültig – schlicht totalitär. Natürlich dürfen die Schweizerinnen und Schweizer dann noch abstimmen. Über alles. Aber Brüssel diktiert dann, ob zustande gekommene Volksentscheide überhaupt, und wenn ja in welcher Form und in welchen Bereichen sie noch umgesetzt werden dürfen oder eben nicht.

Solch unanfechtbarer Oberhoheit der EU unterwirft sich Bundesbern bereits vor Beginn eigentlicher Verhandlungen. Die Liquidierung der Direkten Demokratie ist der Preis, den zu bezahlen Bundesbern bereit ist, nur um mit Brüssel wieder ins Gespräch zu kommen.

Ulrich Schlüer

Akzent

Unterwerfung



Anian Liebrand



Unternehmer, Fachmann für politische Kommunikation und Kampagnen

Inhaber und Geschäftsführer
Politagentur.ch GmbH

Tel. 079 810 11 91
info@politagentur.ch

Selbst über viele Jahre «an der politischen Front» gestanden, weiss ich aus vielen Projekten und Kampagnen, welche Bedürfnisse bei Wahl- und Abstimmungskämpfen sowie in der Partei- und Verbandsarbeit bestehen. Mein Anspruch ist es, Wichtiges von Unwichtigem zu trennen und aus den vorhandenen finanziellen und zeitlichen Ressourcen den grösstmöglichen Output herauszuholen.

Wenn ein Vertrauensverhältnis besteht und wir die gleichen Werte teilen, lassen sich gemeinsam Berge versetzen!

www.politagentur.ch | www.anianliebrand.ch

ELCOS SS-Serie

Notstromaggregate der neuesten Technologie



GMBH



Benötigen Sie Sicherheit bei einem Stromausfall oder Unterstützung für Ihre Solaranlage? Oder suchen Sie nach Möglichkeiten zur Absicherung Ihrer elektrischen Anlagen und lebenswichtigen Funktionen wie Belüftung, Fütterungstechnik oder Melkroboter?

BAUT bietet eine grosse Auswahl an bewährten Diesel-Stromerzeugern in verschiedenen Leistungsklassen, die den neuesten Abgasemissionsstandards der Stufe 5 entsprechen und dabei geringe Lärmemissionen aufweisen.

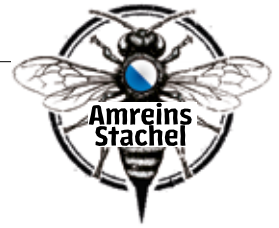
Elcos SS Prp 20 = CHF 14'000.-
 Elcos SS Prp 40 = CHF 26'000.-
 Elcos SS Prp 60 = CHF 32'000.-

Agriplus 1-50kVA = CHF 6000.-
 Agriplus 1-80kVA = CHF 8500.-

Interesse? BAUT GmbH, 079 407 29 13, info@baut12.ch, www.baut12.ch

Absurde Gebührenpflicht

Ein Dankeschön an alle Beistände



von Hans-Peter Amrein, alt Kantonsrat, Küsnacht ZH

Beiständinnen und Beistände betreuen und begleiten Menschen, die nicht für sich selber sorgen können. Man unterscheidet zwischen privaten- und Berufsbeiständen.



Am 27. November 2023 hat der Zürcher Kantonsrat mit Stichtentscheid seiner Präsidentin (SP) und aufgrund der unentschuldigsten Saalabsenz des Rats-Vizepräsidenten (FDP), eine Motion der Kantonsräte René Isler, Romaine Rogenmoser (beide SVP) und des Schreibenden aus dem Jahre 2021 (!) abgelehnt. SVP, FDP und die Mitte unterstützten den Vorstoss, die Ratslinke (AL, SP, Grüne und GLP – was wiederum deutlich macht, dass letztere keine bürgerliche Partei ist) stimmten geschlossen dagegen.

Daraufhin haben nun die Kantonsräte René Isler, Jörg Kündig (FDP), Markus Schaaf (EVP) und Josef Widler (Mitte) eine Parlamentarische Initiative (PI) für einem neuen § 60 Absatz 6 des Einführungsgesetzes zum Kindes- und Erwachsenenschutzgesetz eingereicht, welcher wie folgt lautet: Von den Verfahrensgebühren befreit werden Eltern oder Kinder, welche Familienangehörige im selben Haushalt mittels privater Beistandschaft betreuen.

Der Inhalt der SVP-Motion war faktisch gleichlautend wie der Text der nun eingereichten Initiative: Eltern oder Kinder, die als Mandatspersonen mit aller Fürsorge und grosser Eigenleistung ein Familienmitglied mit geistiger und/oder körperlicher Beeinträchtigung in den eigenen vier Wänden betreuen, sind gemäss § 18 Absatz 1 EG KESR verpflichtet, als Beiständin oder Beistand alle zwei Jahre einen ausführlichen Bericht mit allen geforderten Unterlagen der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) einzureichen.

Diese Berichte sind wichtig und ermöglichen eine gewisse Kontrolle der Arbeit der Beistände. Für die Motionäre und die Initianten, sowie die bürgerliche Minderheit im Zürcher Kantonsrat, ist es aber nicht nachvollziehbar, weshalb diese wertvolle Betreuungsarbeit eine Gebührenpflicht auslöst.

Es brauchte fast zwei Jahre, bis der Rat die Motion ablehnte, welche den Regierungsrat beauftragt hätte, eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten. Den Initianten wird es wohl auch nicht besser ergehen: Sollte der Rat in zirka einem halben Jahr die PI an eine vorberatende Kommission überweisen, was aufgrund der knappen Mehrheitsverhältnisse nicht sicher ist, dauert es noch mindestens weitere zwölf Monate, bis über einen neuen Gesetzestext abgestimmt werden kann.

Der Regierungsrat (zuständig ist SP-Regierungsrätin Jacqueline Fehr) lehnte die Motion ab: Er machte es sich sehr leicht und wies darauf hin, dass die Gewährung von Erleichterungen für innerfamiliäre Beistände im Rahmen einer laufenden Revision des Zivilgesetzbuches auf Bundesebene geprüft werde. Für welche Fälle die Gebühren ganz oder teilweise erlassen und was für weitere Entlastungen für innerfamiliäre Beistandschaften umgesetzt werden sollen, könne erst nach Abschluss der Arbeiten der Bundesbehörden beurteilt werden. Zudem sei ein Alleingang des Kantons Zürich in einem Themenfeld mit zahlreichen interkantonalen Fallstrukturen nicht zielführend. Diese Argumentation kommt einer Obstruktion gleich.

In der sehr emotional geführten Debatte meinte Motionärin Rogenmoser völlig zurecht: «Für eine Arbeit, die man freiwillig übernimmt, die eigentlich vom Staat ausgeführt werden müsste, wenn man sich nicht freiwillig gemeldet hätte, dann noch Geld zahlen zu müssen, ist an Absurdität nicht zu überbieten!»

*

In dieser besinnlichen Jahreszeit und zum Jahresende sei allen Beiständen (privaten- und Berufsbeiständen) ganz herzlich für ihren grossen und selbstlosen Einsatz für die Benachteiligten unserer Gesellschaft gedankt!

Hans-Peter Amrein

Schweizerzeit
STIFTUNG

Eine Investition für eine freie, unabhängige Schweiz

Die Schweizerzeit-Stiftung ermöglicht dem Verlag «Schweizerzeit» die Realisierung von Publikationen und Informationsanlässen zur Stärkung der Freiheit, der Unabhängigkeit und der Selbstbestimmung der neutralen, eigenständigen und wehrhaften Schweiz.

Sie unterstützen die Schweizerzeit-Stiftung zum Beispiel, indem Sie in Ihrem Testament ein Legat an die Schweizerzeit-Stiftung vorsehen.

Oder Sie können als Stiftungs-Gönner dem Schweizerzeit-Club beitreten.

Dürfen wir Sie ausführlicher dokumentieren?

Schweizerzeit-Stiftung
Dr. Ulrich Schlüer, Geschäftsführer
Tel. 052 301 31 00 / Mail: stiftung@schweizerzeit.ch



swiss-classic-car.ch

Industriestrasse 10 | 8117 Fällanden | 044 701 22 44

*Die Redaktion der «Schweizerzeit»
wünscht allen Leserinnen und
Lesern frohe Weihnachten und ein
gesegnetes neues Jahr!*

Es gibt so wunderweisse Nächte

*Es gibt so wunderweisse Nächte,
drin alle Dinge Silber sind.
Da schimmert mancher Stern so lind,
als ob er fromme Hirten brächte
zu einem neuen Jesuskind.*

*Weit wie mit dichtem Diamantstaube
bestreut, erscheinen Flur und Flut,
und in die Herzen, traumgemäß,
steigt ein kapellenloser Glaube,
der leise seine Wunder tut.*

Rainer Maria Rilke, 1875–1926

DANKBARKEIT

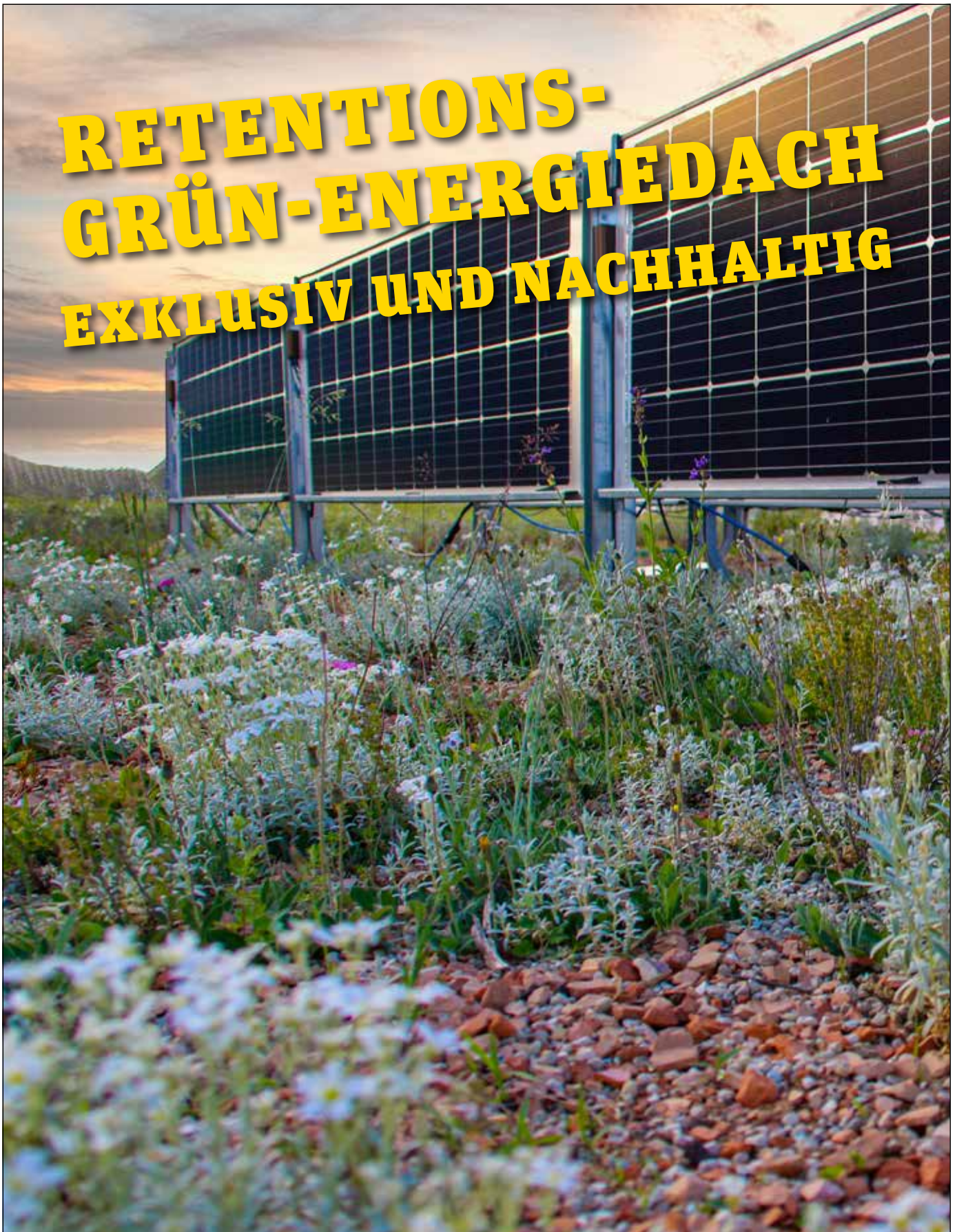
BRINGT SINN IN DIE
VERGANGENHEIT,
FRIEDEN IN UNSERE
GEGENWART
UND PERSPEKTIVE IN
UNSERE ZUKUNFT.

HELLPOM BEALIE

**Wir wünschen Ihnen
fröhliche Weihnachten –
Gesundheit, Glück und
Schaffenskraft für 2024.**

Ihr Schweizerzeit-Team

Ruth und Ueli Schlüer
Hans Fehr
Hermann Lei
Daniel Keller
Elisabeth Liebi
Markus Rezzonico
Margot Eckmann
Daniela Locher



www.weissappetito.com/dachbegruenungen

Weiss+Appetito



Wir erwarten von der Politik eine klare Strategie zur Energiekrise.

Es kann nicht sein, dass die Stromproduktion zu Lasten der Dachbegrünung auf Flachdächern geht. Das Stadtklima, die Biodiversität und vor allem auch das Regenwasser im versiegelten Raum, muss unter anderem auch auf den Flachdächern gelöst werden und dies natürlich in Kombination mit Photovoltaik-Anlagen.

Wenn wir den heutigen Stand der Technik anwenden, ist es problemlos möglich ein Retentions-Energie-Gründach zu bauen.

Werte Parlamentarierinnen und Parlamentarier nehmt eure Verantwortung wahr und schafft Grundlagen, damit die Städte und Gemeinden gezwungen werden, respektive motiviert sind, das Retentions-Energie-Gründach in ihrer Verantwortung umzusetzen.



Beat Ellenberger
Präsident

**Schweizerische Fachvereinigung
Gebäudebegrünung**


SCHWEIZERISCHE FACHVEREINIGUNG GEBÄUDEBEGRÜNUNG
ASSOCIATION SUISSE DES SPECIALISTES DU VERDISSEMENT DES BÂTIMENTS

New Kia EV9

4x4. 7 Plätze. 800 Volt.



Movement that inspires



emilfrey.ch

Es gibt keinen Unsinn ...



... den man der Masse nicht durch geschickte Propaganda mundgerecht machen könnte. Dies sagte Bertrand Russel, britischer Philosoph der «Analytischen Logik» – einem Wissensgebiet, dem sich der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz wohl kaum explizit nahe fühlt.

Seine markige Aussage im deutschen Parlament «Wir müssen im grossen Stil abschieben!» irrlichtert als hohl-irreführende Phrase durch die Politlandschaft, eine Absichtserklärung ohne realisierbaren Wert. Und sie gebiert die Gegenfrage: «Wen will er denn abschieben, bei aller Berechtigung des Ansinnens?»

- Das Millionenheer der Türken, Ex-Jugoslawen, Rumänen, Bulgaren, Polen, Kroaten, Kosovaren, Griechen, Franzosen und Italiener? Die haben doch ein EU-Bleiberecht seit Generationen. Zudem bewegte sich ohne sie kein Halm mehr in Land- und Forstwirtschaft, nichts bei den Pflegediensten, und keine Schraube würde sich bei VW und Mercedes drehen.
- Sollen die Ukrainer zurück in ihre zerbombte Heimat? Oder sollen die afghanischen Ortskräfte kalten Herzens der Mordlust der Taliban ausgeliefert werden, während Deutschland in einer Kölner

Hetz-Moschee dem Taliban-Abgesandten Abdul Bari Omar erlaubt, Hassreden zu schwingen und Geld zu sammeln fürs eigene Terror-Regime daheim?

- Oder schiebt man nordafrikanische Drogendealer (Nafris) und Intensivstraftäter (deutscher Polizeijargon) ab, hochkriminelle arabische Clan-Chefs oder polnische Enkeltrickbetrüger, die es bei uns im Aargau gibt, deren Wohn- und Standorte das Bundesamt für Polizei Fedpol mit Namen und Identitäten genau kennt – und nichts tut?

Genau diese Leute aber lassen sich nicht abschieben. Sie haben Drogen- und Betrugs-Geld, ziehen vor Gericht, vertreten von Top-Anwälten, ausgebildet an Schweizer- und EU-Universitäten.

Wen also schiebt Kanzler Scholz ab – etwas die illegalen Migranten? Wie soll das gehen mit EU-Aussengrenzen, löchriger als Schweizer Käse, zumal die paar Abgeschobenen auch vom Herkunftsland abgewiesen werden?

Auf schriftliche Anfrage erlaubte der deutsche Buchautor und Top-Journalist Wolfgang Büscher, Sprecher des Kinder- und Jugendwerks «Arche», ihn zu zitieren: «Es ist 5 vor 12. Entweder beenden wir die illegale Migration oder sie beendet uns!»

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch



«General» Süssli. Das sind die Erkenntnisse der Strategen um Armeechef Süssli nach fast zwei Jahren Ukraine-Krieg: Die «Kommunikations-Fachkräfte» auf oberster Stufe haben die «tolle» Leistung vollbracht, im Jahre 2023 zwei Newsletter «Colliaziun» zu veröffentlichen. Inhalt? Nichtssagende Worthülsen wie: «Die Welt ist unsicherer und gefährlicher geworden. Die Rückkehr von Machtpolitik und die Abkehr autoritärer Staaten

von der westlichen, regelbasierten Sicherheitsordnung, bringen tendenziell eine Verschlechterung der Sicherheitslage. Wir beobachten aktuell, wie militärische Potentiale weltweit wieder aufgebaut werden». Einfacher und treffender wäre die Feststellung: Die Schweiz vernachlässigt ihre Armee bzw. ihre Sicherheitspolitik sträflich; dies wird früher oder später zum Untergang führen. Stanislaw Jerzy Lec sagt es so: «Wir passen mit vorausseilendem Gehorsam unser Bedrohungsbild dem Finanzrahmen an, den uns die Ignoranten und Systemveränderer noch überlassen haben.»

Tis Hagmann

GOAL GLOSSAR

Q Agitation

Agitation

<lat.> agitare – «betreiben», «verhandeln», «überlegen»

Die richtige Positionierung erarbeiten, die richtige Botschaft entwickeln, die richtige Visualisierung finden sowie die richtigen Massnahmen ergreifen – das sind die Voraussetzungen für erfolgreiche Kampagnen. Deshalb sind wir für unsere Kunden gerne Agitatoren.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

TRAUMHAFT

ERLEBEN, GENIESSEN & WOHLFÜHLEN



**RESTAURANT
****HOTEL
Vogelsang**

WIR FREUEN UNS AUF SIE!

Familie Burkhard
Hotel Restaurant Vogelsang
Vogelsang 2
6205 Eich

Tel. +41 (0)41 462 66 66
mail@vogelsang.ch
www.vogelsang.ch
7 Tage offen

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Schneewittchen

Unseren Fortschritt beim Abstieg zu einer neuen totalitären Einheitskultur fasst Alain Finkielkraut so zusammen: «Die bildenden Künste, die Literatur, das Ballett, die Oper, das Kino, die Philosophie, die Religion: Sie alle dienen jetzt der Verteidigung der guten Sache.» Und das ohne gefühlige Ausnahmen – «Schneewittchen muss weiterschlafen, weil der Kuss nicht einvernehmlich wäre.»

(Michael Andrick in «Cato» 1/2024)

Mini-Gebührensenkung

Der Bundesrat hat beschlossen, die obligatorischen, geräteunabhängigen Zwangsgebühren für Radio und Fernsehen von 335 Franken pro Haushalt auf 300 Franken zu senken. Das soll bis 2029 in zwei Etappen passieren. Neu sollen bei den Unternehmen statt diejenigen mit unter 500'000 Franken Umsatz diejenigen mit bis zu 1,2 Millionen Umsatz von dieser Gebühr befreit werden. Dass sich der Bundesrat jetzt ein bisschen bewegt, ist sicher der Verdienst unserer SRG-Initiative.

Die Mini-Gebührensenkung, die der Bundesrat und der Medienminister Albert Rösti vorschlägt, geht zwar in die richtige Richtung. Sie ist aber bei Weitem nicht genug. Wir halten an unserer Volksinitiative fest. Jetzt erst recht! 200 Franken sind noch immer viel Geld, und es müssen alle Unternehmen von der SRG-Gebühr befreit werden. Denn es macht null Sinn, dass ein Unternehmen, das nicht Radio hören oder Fernsehen

Europäische Union

Pünktlich zu den Europawahlen im kommenden Jahr steuert die Europäische Union auf eine existenzbedrohende Krise zu. Die Fliehkräfte sind unübersehbar: Massenmigration höhlt die Sozialsysteme der Mitgliedsländer aus; gesellschaftlicher Zusammenhalt, innerer Frieden und Demokratie erodieren. Die Sanktionen gegenüber Moskau und die zig Milliarden schwere Hilfe für Kiew können die militärische Niederlage und den wirtschaftlichen Ruin der Ukraine nicht verhindern. Russland ging als günstiger Energie- und Rohstofflieferant der Gemeinschaft, besonders für deren Wirtschaftsmotor Deutschland, verloren. Ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit und Finanzkraft wurden arg angeschlagen, die Bewältigung wichtiger Zukunftsaufgaben wie die ökologische Transformation der Wirtschaft erheblich erschwert. Und wegen Brüssels einseitiger Parteinahme im aktuellen Nahostkonflikt droht Europa nun auch noch eine neue Terrorwelle.

(Stefan Baron in «Weltwoche» 50/23, 14.12.2023)

schauen kann, SRG-Gebühren zahlen muss. All seine Mitarbeiter zahlen ja sowieso die Gebühr schon privat.

(NR Thomas Matter, In den Sümpfen von Bern, Episode 246, 15.11.2023)

Freiheit

Was würde passieren, wenn ab morgen jeder, der heute glaubt, seine Meinung frei äussern zu können, es doch täte? Würde man die alle entlassen, exmatrikulieren oder sogar verklagen? Oder wäre der ganze Cancel-, Gender- und Woke-Spuk dann vorbei? Freiheit muss man wollen, verteidigen, um sie kämpfen. Freiheit muss man einklagen, wenn sie einem vorenthalten wird. Für die Freiheit muss man etwas riskieren, sonst glauben die Verwalter der Freiheit, sie könnten sie nach ihrem Bedarf rationieren. ... Zur Freiheit gehört Mut.

(Monika Maron in «Tichys Einblick» 01/2024)

UNRWA

Wie verhält es sich nun mit den Geldern «für die Palästinenser in Gaza»? Das Herzstück der deutschen (und anderer westlicher) Spenden ist die United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East (UNRWA; dt. Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten), gegründet 1949. Dieses eigentlich als temporäre Lösung geplante Hilfswerk ist eine in ihrer Art singuläre Organisation der UN, da sie ausschliesslich «Palästinenser» betreut, also betont kein internationales Anliegen verfolgt, wie es eigentlich Aufgabe der UN-Hilfswerke wäre. Unter «Palästinensern» versteht die UNRWA «Personen, deren ständiger Wohnsitz zwischen 1946 und 1948 in Palästina lag und die diesen Wohnsitz und ihre Lebensgrundlage durch den Arabisch-Israelischen Krieg von 1948 verloren haben». Inzwischen finanziert sie jedoch, da die meisten eigentlichen «Palästina-Flüchtlinge» verstorben sind, deren millionenfache Nachkommen. Dies ist die erste Absurdität des Hilfswerks: Die «Palästina-Flüchtlinge» wurden durch Pseudoflüchtlinge ersetzt, die immer noch Bedürftigkeit geltend machen, als wären sie gestern vertrieben worden.

(Chaim Noll in «Cato» 1/2024)



Dein Online Shop für hochwertige
Fitness-Nahrungsergänzungsmittel
mit fairen Preisen & über 2000 Artikel.
www.MuscleBoost.ch

Die EU-Kommissare haben nach der Macht gegriffen

Das Europa der Vaterländer hat verloren (Teil 1)

von Dr. Bruno Bandulet, Kapitalmarktexperte, Journalist, Verleger und Buchautor, Bad Kissingen, BRD

hf. Der nachstehende Artikel von Dr. Bruno Bandulet beleuchtet ebenso schonungslos wie kompetent das wahre Wesen der Europäischen Union. Dieses intellektuelle Konstrukt, welche keine klare Gewaltentrennung kennt, wird von nicht demokratisch legitimierten Funktionären bzw. Kommissaren beherrscht, die sich als Eliten gebärden und sich gegenseitig lukrative Posten zuschanzen. Die 27 Mitgliedsländer werden im Wesentlichen durch die «Notendruckpresse» der Europäischen Zentralbank zusammengehalten. Wir publizieren in der aktuellen Schweizerzeit den ersten Teil von Dr. Bandulets Ausführungen in leicht gekürzter Form; in der ersten Nummer 2024 folgt der 2. Teil. Der Erstabdruck des Artikels erfolgte im Cato-Magazin 06/23, <https://cato-magazin.de>



Als die Alternative für Deutschland (AfD) mit ihrem neuen Programm eine wirkliche Alternative für Europa präsentierte, ging ein Raunen durch das politische und mediale Establishment der Bundesrepublik Deutschland: Wie konnte die AfD es wagen, den postnationalen Konsens des Landes in Frage zu stellen, Souveränität von der EU zurückzufordern

und den deutschen Eliten die bequeme Möglichkeit streitig zu machen, sich hinter Brüssel zu verstecken?

Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA finden 21 Prozent der befragten Deutschen, die EU solle «so bleiben, wie sie ist». 25 Prozent sind dafür, dass sie sich «zu den Vereinigten Staaten von Europa und damit zu einem europäischen Bundesland» weiterentwickelt. 39 Prozent sprechen sich dafür aus, dass die EU «ein Verbund unabhängiger Nationalstaaten und damit ein europäischer Staatenbund» sein solle. Für letzteres plädiert die absolute Mehrheit der AfD- und FDP-Wähler. Zugleich lehnen es 72 Prozent der Deutschen ab, aus der EU auszutreten. Der Dexit ist

nicht populär. Die Führung der AfD hat denn auch auf dem Parteitag in Magdeburg gegen Widerstand aus den eigenen Reihen durchgesetzt, dass in ihrem Europa-Wahlprogramm nicht die Auflösung der EU gefordert wird, sondern eine Art Neugründung, nämlich ein «Europa der Vaterländer», eine «Europäische Wirtschafts- und Interessengemeinschaft». In der Präambel steht aber auch der Satz: «Wir halten die EU für nicht reformierbar und sehen sie als gescheitertes Projekt.»

Reformvorschläge versendet

Reformvorschläge und Bremsversuche gab es im Laufe der Zeit viele. Sie sind alle «vom Winde verweht». Als Manfred Brunner, Gründer des Euro-feindlichen Bundes Freier Bürger, gegen den Vertrag von Maastricht klagte, urteilte das Bundesverfassungsgericht am 12. Oktober 1993, dieser und damit die Einführung des Euro seien verfassungskonform, die Bundesrepublik könne aber, sozusagen als ultima ratio, aus dem Vertrag auch wieder austreten. Denn die Staaten blieben «Herren der Verträge». Weil sie souverän sind, könnten sie die Zugehörigkeit zur Europäischen Union «letztlich durch einen gegenteiligen Akt auch wieder aufheben». Zuletzt bekräftigte Karlsruhe am 5. Mai 2020 dezidiert seinen Anspruch, im Einzelfall EU-Recht für

Die Stimme der Schweiz

Auf dass sämtliche Staaten der Welt sich jederzeit bewusst sind, dass die Schweiz ein neutrales Land ist und bleibt, müsste der Bundesrat die derzeit unser Land im Uno-Sicherheitsrat vertretende Schweizer Botschafterin verbindlich verpflichten, zu jedem ihrer dort zahllos abgegebenen Voten den Standpunkt der Schweiz wie folgt zum Ausdruck zu bringen:

«Im übrigen tritt die völkerrechtlich als immerwährend und bewaffnet neutral anerkannte Schweiz mit Wort und Tat nachdrücklich dafür ein, dass Konflikte zwischen Staaten ausschliesslich am Verhandlungstisch ausgetragen werden – ohne dass dafür Tausende in Tod und Verderben geschickt und Zehntausende um ihr Hab und Gut gebracht werden.»

Die Schweizerzeit wird diesen Satz so lange wiederholen, bis der Bundesrat seine Pflicht tut.

Deutschland ausser Kraft setzen zu können. Gegenstand des Verfahrens war das Anleihenkaufprogramm der Europäischen Zentralbank und damit die nach Meinung der Kläger verbotene Staatsfinanzierung. Das Urteil erzürnte den Europäischen Gerichtshof, der seit den sechziger Jahren in einer Reihe von eigenen Urteilen den Vorrang von Unionsrecht vor nationalem Recht festgeschrieben hatte. Die Kommission in Brüssel schlug zurück und drohte Deutschland und damit dem Bundesverfassungsgericht mit einem Verfahren wegen Vertragsverletzung. Die Krise blieb jedoch aus, die Angelegenheit versandete.

Die Gegner dieser real existierenden EU schmähen sie gerne als Moloch und Monster. Nüchterner gesehen wurden die europäischen Machtstrukturen so ausgestaltet und perfektioniert, dass sie schwer zu erschüttern sind. Volksabstimmungen gelten als systemfremd. Gehen sie aus der Sicht Brüssels falsch aus, müssen sie wiederholt werden. Als die Franzosen und die Niederländer die ihnen vorgesetzte europäische Verfassung ablehnten, wurde der Text mit einigen Änderungen ganz einfach in den Vertrag von Lissabon gepackt. Der ist bis heute geltendes europäisches Recht.

Die Säulen der Macht, das sind der Verwaltungsapparat mit der Kommission und Dutzenden von EU-Institutionen und Agenturen, sodann das zwischen Brüssel und Strassburg pendelnde Parlament mit seinen 751 üppig alimentierten Abgeordneten – und nicht zuletzt der Europäische Gerichtshof, der mehr als jedes andere Organ einer echten Reform im Wege steht. Eine Sonderstellung hat die nominell unabhängige Europäische Zentralbank inne, weil sie sehr schnell sehr viel elektronisches Geld in Umlauf bringen kann.

Der Kitt, der die oft disparaten 27 EU-Mitglieder zusammenhält, besteht aus Geld. Ohne Umverteilung, ohne die Erschliessung immer grösserer Geldquellen, hätte schon die Eurozone die seit 2010 aufeinanderfolgenden Krisen nicht überlebt. Sie wäre daran zerbrochen. Da Macht allein aber keine Legitimität schafft, musste sich die Union einen Wertekanon zulegen, der gegen notorische Abweichler etwa in Polen und Ungarn mit der Drohung des Geldentzugs und im Namen der Demokratie verteidigt wird.

EU-typisch: Personalrochaden

Um die Prozedur der Machtübergabe an eine neue Kommission demokratisch zu adeln, wurden bei der Europawahl 2019 Spitzenkandidaten präsentiert. Die Europäische Volkspartei, in der auch CDU und CSU vertreten sind, nominierte den CSU-Mann Manfred Weber. Nach gewonnener Wahl sollte er als quasi von einem europäischen Volk gewählter Politiker den Vorsitz der Kommission und damit «die Spitze Europas» übernehmen. Das Manöver endete in einer Blamage. Weil Weber in Paris und anderswo unerwünscht war, kam es zu einer EU-typischen Personalrochade: Die Französin Christine Lagarde wurde, obwohl fachfremd, als

LACHEN VERBOTEN!



Der Lehrer zu Michael: «Michael, in deinem Alter war George Washington schon der beste Schüler seiner Klasse.» Darauf Michael: «Und in Ihrem Alter, Herr Lehrer, war George Washington bereits Präsident der Vereinigten Staaten!»

Nachfolgerin von Mario Draghi Präsidentin der Europäischen Zentralbank EZB – und damit war der deutsche Anwärter Jens Weidmann aus dem Spiel, der aus Sicht des romanischen Blocks zu wenig Geld drucken würde. Im Gegenzug bekam Berlin mit Ursula von der Leyen den Chefposten in Brüssel. In Wirklichkeit bekam Deutschland nichts, denn von der Leyen war eine Entdeckung Emmanuel Macrons. Als «glühende Europäerin» war sie über den Verdacht erhaben, in Brüssel deutsche Interessen berücksichtigen zu wollen.

Die Rochade des Jahres 2019 ist in vielerlei Hinsicht aufschlussreich. Zum einen zeigte sie, dass neben der Kommission, die Bundesstaat spielen darf, mit den Regierungschefs im EU-Rat ein zweites Machtzentrum existiert, welches die Rolle eines Staatenbundes übernimmt. Denn als hybrides Gebilde vereint die EU beide Elemente. Vor allem in Paris wird der bundesstaatlich inspirierte Zentralismus nur so lange geduldet, als er französischen Interessen nicht in die Quere kommt. Und zum anderen erwies sich 2019 wieder einmal die systemimmanente Schwäche des Europäischen Parlaments. Obwohl den Abgeordneten Ursula von der Leyen oktroyiert wurde, bestätigten sie ihre Nominierung. Der Grund: Dem Europäischen Parlament fehlt ein Volk, dem es Rechenschaft schulden würde. Und kaum ein Wähler kennt seinen Europaabgeordneten. Entsprechend mager fällt die Wahlbeteiligung aus.

Karriere und Beute machen

Ein anderer Aspekt ist die Vernetzung der europäischen Eliten. Sie schätzen die supranationale Ebene mit ihren Institutionen und Angeboten, weil sie die Möglichkeit bietet, Karriere und Beute zu machen. Der «Dienst an Europa» lohnt sich. Die Zahl der EU-Beamten, die mehr als der deutsche Bundeskanzler verdienen, wurde einmal auf 4'000 taxiert. Auch der Job des Parlamentariers wird fürstlich entlohnt. Von der monatlichen «Entschädigung» in Höhe von 9'808 Euro bleiben netto 7'646. Die Parlamentsarbeit ist damit aber nicht abgegolten, sie wird extra bezahlt. Für jeden Tag, an dem sich ein Abgeordneter in die Anwesenheitsliste einträgt, erhält er zusätzlich 388 Euro. Für seine Mitarbeiter kassiert er pauschal 27'937 Euro im Monat. Ausserdem darf er auf Kosten des Parlaments jede Woche zu einem Ziel seiner Wahl in der Europäischen Union reisen. «In Brüssel werden keine Gehälter gezahlt, sondern Schweigegelder», verriet Manfred Brunner, der als Kabinettschef des Kommissars Martin Bangemann den Betrieb kannte.

(2. Teil folgt)

Bruno Bandulet

Frohe Weihnachten aus Zug
wünschen
Andrea und Markus Bösiger



Arbeiten von Andrea Bösiger
Acryl auf Leinwand

Malerei AG, Spritzwerk
Farbencenter



041 761 99 27
www.malerboesiger.ch

andrea
bösigler
Paintings

www.andreaboesiger.ch

Mantelerlass – einseitig und verfassungswidrig

Der Wolf kommt im Schafspelz

von Karl Spühler, em. Prof. Dr. iur., a. Bundesrichter, Winterthur-Wülflingen ZH

Die eidgenössischen Räte haben bekanntlich kurz vor den Wahlen den sogenannten «Mantelerlass» verabschiedet. Dagegen wurde jetzt das Referendum ergriffen.



Der Mantelerlass beinhaltet eine Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes. Er kommt verführerisch mit dem Titel «Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien» daher. Sein Inhalt ist aber ausgesprochen unausgeglichen und eine eigentliche Täuschung; er regelt die Stromversorgung weitgehend ohne Berücksichtigung des Natur- und Landschaftsschutzes und vor allem auch des Waldes und seiner vielfältigen Funktionen. Darum drängt sich das Referendum auf.

Ein bürokratisches Monstrum

Das Gesetz ist ein derart bürokratisches Monstrum, dass sogar ich als Jurist mit jahrelanger Erfahrung Mühe habe, es zu verstehen. Auch die «erklärende» Botschaft zeichnet sich durch ihre Schwerfälligkeit und Länge aus. Entscheidendes wird an Bundesrat und Verwaltung delegiert, und eine ausgewogene Interessenabwägung fehlt. Ohne nähere Begründung wird behauptet, die Eigentumsgarantie, die Wirtschaftsfreiheit und die Rechtsgleichheit bleiben gewahrt. Mit keinem Wort werden die Verfassungsbestimmungen, die sich mit dem Landschaftsschutz, dem Menschenschutz und dem Tierschutz befassen, erwähnt. Dass es Aufgabe der Bundesbehörden ist, die Leute vor schädlichen Einwirkungen zu schützen, wird ausser Acht gelassen. Alles wird der Energieversorgung untergeordnet – aber auch diese wird nicht gesamthaft betrachtet, denn es geht nur um die erneuerbaren Energien. Nicht zu Unrecht hat der angesehene Staatsrechtsprofessor Alain Griffel von der Universität Zürich den Mantelerlass als verfassungswidrig bezeichnet.

Wider Raumplanungs-, Waldgesetz und Eigentumsgarantie

Besonders bedenklich ist, dass, hinten im Mantelerlass versteckt, auch das Raumplanungs- und das Waldgesetz geändert wurden. Besonders die Änderung von Art. 5a des Waldgesetzes vom 4. Oktober 1991 mit dem Marginal «Windenergieanlagen» hat sehr einschneidende Auswirkungen. So gelten Windenergieanlagen und ihre Erschliessungsstrassen mit wenigen Ausnahmen zum vorneherein als «standortgebunden». Sie und die breiten Zufahrtsstrassen können deshalb ohne grosse Hürden mitten im Wald gebaut werden. Dies ungeachtet von Art. 77 der Bundesverfassung; dort ist fest verankert, dass der Bund dafür zu sorgen hat, dass der Wald seine Schutz-, Nutz- und Wohlfahrtsfunktionen erfüllt. Der Mantelerlass ermöglicht aber das Gegenteil: Der Wald kann der Stromversorgung geopfert werden, ohne dass die geringe Effizienz der Windenergieanlagen in die Interessenabwägung miteinbezogen werden muss. Zudem behauptet die Botschaft, die Eigentumsgarantie werde gewahrt. Waldeigentümer sind aber oft Private und Korporationen.

Dazu kommen die gewaltigen finanziellen Auswirkungen. In der Botschaft zum Gesetz wird der global zu erwartende Betrag nicht genannt. Auch hier wird ein «Versteckenspiel» betrieben. Klar ist, dass der Steuerzahler und die Energiekonsumenten die Sache schlussendlich berappen müssen.

Es ist daher sehr verdienstvoll, dass ein Komitee um Dr. oec. Pierre-Alain Bruchez das Referendum gegen den sogenannten Mantelerlass ergriffen hat. Referendumsbogen können per Mail angefordert werden bei: «pabruchez@yahoo.com»

Karl Spühler



genuss | kreation | baumerfladen.ch

Tel. 055 265 11 20
www.baumerfladen.ch
info@baumerfladen.ch

Der Baumerfladen schafft jeden Weg...

Unter baumerfladen.ch/shop können Sie einfach und unkompliziert einen der beliebten Baumerfladen bestellen. Profitieren Sie vom Postversand oder besuchen Sie uns in unseren Filialen. Wir freuen uns auf Ihren Mausklick...



Ihr Konditorei Voland Team



Bauma • Steg • Wald • Rütli • Bäretswil • Fehraltorf • Laupen • Kempthal • Gossau ZH



Zu verkaufen: 4.5 Zimmer Eigentumswohnung im steuergünstigen Freienbach/Wilen (134 m², 1 PP, vermietet) Lohnenswert bei grossen Erbschaften, Schenkungen v.a. unter Nicht-Verwandten

Die Wohnung befindet sich im Kanton Schwyz, der keinerlei Erbschafts- und Schenkungssteuern erhebt bei Liegenschaften in seinem Kantonsgebiet. Dies ist insbesondere interessant, wenn Erblasser und zukünftiger Erbe NICHT im Kanton Schwyz wohnhaft sind. Deshalb ist es für beide Seiten nicht einmal nötig, den Wohnsitz dorthin zu verlegen.

Kaufpreis: CHF 1,750,000

Da die Wohnung vermietet ist, bietet sie zudem Garantie für eine angemessene Rendite.

So garantieren Sie, dass Ihre Zuwendung an einen künftigen Erben nicht im Schlunde einer gierigen Steuerverwaltung landet!

Beispiele für Steuerberechnung für einen Erblasser noch zu Lebzeiten:

- Vermögen:**
Vermögen CHF 1.75 Mio.: Kantons- und Gemeindesteuern Kt. Schwyz: ca. CHF 2'100 p.a.
- Einkommen:**
Mietzins CHF 36'000 p.a.: Kantonssteuer Kt. Schwyz: CHF 1'477, Gemeindesteuer Freienbach CHF 1'314, total: ca. CHF 2'791

Beispiel Steuerberechnung für zukünftige Erben

- Erbschafts-/Schenkungssteuern:**
Kt. Schwyz: CHF 0

Kt. Zürich:	a) Geschwister (6-18 % ab CHF 15'000),	Steuer: CHF 104'000 - 312'300
	b) Lebenspartner (12-36 % ab CHF 50'000),	Steuer: CHF 204'000 - 612'000
	c) Nichtverwandte (36% ab CHF 5'000),	Steuer: CHF 628'200
Kt. Bern:	a) Geschwister (6-15% ab CHF 12'000),	Steuer: CHF 104'280 – 260'700
	b) Lebenspartner (6-15% ab CHF 12'000),	Steuer: CHF 104'280 – 260'700
	c) Nichtverwandte (40% ab CHF 12'000),	Steuer: CHF 695'200

Ausblick 2024

Wunschvoll unglücklich

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Eigentlich sollte es «wunschlos glücklich» heissen. Doch in der letzten Ausgabe der Schweizerzeit in diesem Jahr ist es sehr wohl erlaubt, den Blick nach vorne zu werfen. Leider sieht man dabei wenig Positives.



Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, warnt vor den kommenden Silvester-Feiern. In schlechter Erinnerung blieb die grosse «Party» zum Jahreswechsel 2015/2016 auf der Kölner Domplatte, wo es zu massiven sexuellen Übergriffen und zu vielen Eigentumsdelikten durch junge Männer aus dem arabischen Raum kam. Solche Straftaten beschränkten sich jedoch nicht auf Köln, auch viele weitere deutsche Städte waren davon betroffen.

Seither fabulieren viele Mainstream-Medien über den Umstand, dass die Zahlen in den Folgejahren leicht rückgängig seien. Dies trifft zwar zu, ist aber nur die halbe Wahrheit. Umfragen zeigen, dass viele junge Frauen solche Jahreswechsel-Anlässe seit Jahren konsequent meiden, um sich nicht der Gefahr eines sexuellen Angriffs auszusetzen. Die jüngsten Pro-Palästina-Demonstrationen mit Tausenden von muslimischen Manifestanten wurden für die Sicherheitskräfte zur veritablen Herausforderung. Leider muss damit gerechnet werden, dass es in der kommenden Silvesternacht erneut zu Massenaufmärschen kommen wird mit all den negativen Folgen. So dürfte der Wunsch nach einem friedlichen Jahreswechsel vielerorts unerfüllt bleiben.

Unerfüllte Wünsche

Auch hierzulande werden wir im kommenden Jahr viele Wünsche begraben müssen. Wer hofft, dass sich der Migrationsdruck entspannt und wir nicht mit hohem Tempo in Richtung einer 10-Millionen-Schweiz rasen, wird mit Sicherheit auch im Jahr 2024 bitter enttäuscht werden. Ebenso muss man sich den Wunsch abschminken, dass sich die Kriminalität in den Hotspots der Schweizer Städten markant rückläufig bewegt. In diesem Zusammenhang wird auch die Hoffnung sterben, dass unsere «Staatsmedien» den hohen Ausländeranteil an diesem Debakel klar benennen. Dies zeigt schon die leidige Debatte im Zürcher Gemeinderat, wo aktuell versucht wird, den Volksentscheid zur Nennung der Nationalität von Tatverdächtigen ins Gegenteil zu kippen. Dies umso mehr als eine GLP-Politikerin behauptet hat, es gebe keinen Zusammenhang zwischen Nationalität und

Kriminalität. Glücklicherweise widersprach ihr der weit über die Landesgrenzen bekannte forensische Psychiater Frank Urbaniok. Dass in diesem Zusammenhang links-grüne Politiker einen ideologiefreien Blick in die Polizeiliche Kriminalstatistik werfen, bleibt mit Sicherheit ein unerfüllter Wunsch.

Diese Politikerkaste hat auch andere Prioritäten bei ihrem Bestreben, für sie unliebsame Volksentscheide durch Parlamentsvorstösse ins Gegenteil zu verkehren. Das sieht man gegenwärtig im Kanton Basel-Stadt, wo linke und grüne Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit politischen Winkelzügen versuchen, die von den Stimmberechtigten massiv verworfenen Initiativen «Für ein gesundes Stadtklima» und die «Gute-Luft-Initiative» zu verwässern. Dabei ging es um die Verbanung des motorisierten Individualverkehrs aus dem städtischen Raum und die völlig überrissene Begründung von Plätzen und Strassen. Rot-Grün wird auch im kommenden Jahr versuchen, unsere Städte in Fahrrad dominierte Märchenwälder zu verwandeln.

Wenigstens «reduzierte» Luftschlösser

Es gäbe noch viele Wünsche, die für jene Bürger nicht in Erfüllung gehen, welche sich Sorgen um die Schweiz machen. Und sobald es wieder etwas wärmer wird, wird man auch den Wunsch in der Tonne entsorgen müssen, dass sich keine Klimachaoten mehr auf unseren Strassen ankleben. Es ist zu hoffen, dass im kommenden Jahr mit Blick auf eidgenössische, kantonale und kommunale Abstimmungen und Wahlen die positiven bürgerlichen Kräfte dazu beitragen werden, dass links-grüne Luftschlösser wenigstens auf ein erträgliches Mass reduziert werden.

Markus Melzl

«Das aktuelle Zitat»

«Politische Ideologien sind fast immer Produkte egozentrischer Betrüger, denen eine Aura intellektuellen Versagens anhaftet. Wokismus, «Black lives matter», LGBTQ und andere Ideologien operieren mit frei erfundenen Behauptungen. Das Erstaunliche ist nicht, dass diese Ideologien existieren, sondern dass es nicht wenige Zeitgenossen gibt, die mangels Bildung und Scharfsinn bei dieser Show mitmachen und damit dem intellektuellen Elend Vor-schub leisten.»

Rudolf Öller, Genetiker, auf dem Nachrichtenportal «Exxpress.at» am 25. November 2023

~ Ergonomica ~

Anne + Heinz Hürzeler, ergonomische Arbeitsstühle und Wohlfühlschuhe
Postfach 8, CH-8775 Luchsingen, Tel. 055 643 24 44, huerzele@active.ch

Rückenschmerzen?
NEIN DANKE!

Ergonomische Produkte – für garantiert stundenlanges Wohlbefinden

z. B. bei **längerem Sitzen**: Arbeit am PC, im Labor, am Schalter ...



Bambach Saddle Seat



Swippo by Nizbon



Sedlo Ergo Top



Scan Cast Pilate



z. B. bei **stundenlangem Gehen und Stehen**: Auf harten Böden. Holz, Vinyl, Steinplatten, Beton ...



Alma CHF 88.–
(verschiedene Farben)



Bo CHF 78.–
(schwarz und weiss)



Oden CHF 59.–
(schwarz, weiss, verschiedene Farben)



Schuhe
mit stoss-
dämpfender
Sohle!

bitte Coupon ausschneiden und per Post zusenden oder übermitteln an huerzele@active.ch

Bitte senden Sie mir unverbindlich nähere Angaben über Ihre Angebote:

- Stühle** Beratung Offerte
 Bestellung Modell _____ Farbe _____
- Schuhe** Beratung Modell _____ Farbe _____ Grösse _____



Rabatt bis
15. Januar 2024

Name/Vorname: _____

Adresse (Strasse, PLZ, Ort): _____

Telefon/Email: _____

Auf Besuch bei einem Inserenten

Schluss mit Rückenschmerzen!

Die Schweizerzeit hat es sich zur Gewohnheit gemacht, KMU-Betriebe, die in unserem Magazin inserieren, an ihrer Wirkungsstätte zu besuchen. Kürzlich sprachen wir mit dem Importeur von Bambach Saddle Seats. Das sind in Australien entwickelte Arbeitsplatz-Stühle, die Rückenschmerzen vermeiden.

In der Schweiz werden diese Stühle von der in Luchsingen GL domizilierten Firma Ergonomica, die von Anne und Heinz Hürzeler gegründet wurde, vertrieben.

Die Tatsache ist bekannt, dass Menschen, die ihre Arbeit meist sitzend leisten, über Rückenschmerzen, über Verkrampfungen der Schultern usw. klagen. Es sei, führt unser Gesprächspartner Heinz Hürzeler aus, nicht das Sitzen an sich, das Schmerzen verursache. Schmerzen entstünden als Folge falscher, die Wirbelsäule verkrümmender Sitzhaltung. Der australische Bambach Saddle Seat, in Europa produziert von Hager & Werken GmbH & Co. KG in Duisburg, bewirke aufgrund seiner Konstruktion von Anfang an korrekte, Schmerzen verhindernde Sitzhaltung. Eine australische Therapeutin, Mary Gale mit Namen, hat, um korrektes, schmerzvermeidendes Sitzen auf Pferderücken

zu garantieren, einen speziellen Reitsattel entwickelt. Dabei habe Mary Gale entdeckt, dass es an den Rollstuhl gefesselte Patienten gebe, die ohne Hilfe von aussen auf einem Pferde sitzen können – wenn der Sattel richtig konstruiert sei. Diese Entdeckung sei in die Entstehung des Bambach Saddle Seat eingeflossen. Bequemes, schmerzfreies Sitzen werde garantiert durch ausbalanciertes, die Wirbelsäule nicht verkrümmendes, den Körper entsprechend entlastendes Sitzen. Für Büros, aber auch für Arzt- und Zahnarztpraxen fand der Bambach Saddle Seat rasch wachsenden Absatz – für überall dort, wo Arbeit in sitzender Position verrichtet wird. Seit sich Homeoffice verbreite, treffe man diesen gesundes Sitzen garantierenden Stuhl zunehmend auch in Privathaushalten an.

Das Gespräch mit Heinz Hürzeler führte Ulrich Schlier.

Heinrich L. Wirz †



Heinrich L. Wirz, profunder Kenner aller Aspekte und Elemente der schweizerischen Landesverteidigung, hat sein umfassendes Wissen und seine ausgewiesene Erfahrung während Jahren Ausgabe um Ausgabe auch der Leserschaft der Schweizerzeit vermittelt. Er wusste Bescheid über die Armeedoktrin, über alle Waffengattungen, über Planung, Ausrüstung, Bewaffnung und Ausbildung der Armee. Seine Berichterstattung vermied jegliche auf Sensation zielende Aufmachung. Sachwissen, Faktenkenntnis: Dies zeichnete Heinrich L. Wirz in all seinen Darlegungen und Erklärungen aus. Armeegegner, die mit blinder, allein ideologisch motivierter armeefeindlicher Polemik zu Felde zogen, stiessen bei Heinrich L. Wirz buchstäblich auf Granit. Seine umfassende Erfahrung in Armeefragen konnte durch blinde Polemik nie auch nur annähernd erschüttert werden.

Heinrich L. Wirz ist nicht mehr. Mit ihm verliert die Schweiz aber nicht bloss einen ausgewiesenen Experten der Militärpolitik. Sie verliert vor allem einen Patrioten, für den Landesverteidigung nicht bloss Stoff für Berichterstattung war. Heinrich L. Wirz erkannte in tauglicher Landesverteidigung die unabdingbare Voraussetzung dafür, dass der Schweiz Freiheit und

Unabhängigkeit, Grundlage auch ihres Wohlstands, erhalten bleiben.

Wir verbeugen uns am Grab dieses eindrücklichen, verdienten Patrioten.

Ulrich Schlier

Churz & Bündig

Strikte Neutralität der Schweiz ist für das Rote Kreuz unverzichtbare, nicht ersetzbare Voraussetzung dafür, auf dem ganzen Erdball, überall, wo Konflikte Opfer fordern, ohne Ansehen der Parteien allein zugunsten betroffener Opfer tätig zu sein. Will Bundesrat Cassis mit seiner Neutralitäts-Ausverkaufspolitik das Rote Kreuz dieser Voraussetzung für humanitäres Handeln berauben?

*

Die Hamas – unzählige Zeugnisse belegen es – vergewaltigt vorsätzlich jüdische Geiseln jeglichen Alters aufs schändlichste und brutalste – und schlachtet sie schliesslich aufs grausamste ab. Die Welt ist erschüttert. Nur die Feministinnen, sonst die kleinsten Männern anlastbare Entgleisung lauthals geisselnd, schweigen betreten. Weil die Opfer «nur Juden» sind?

us

pneu 
bösiger
langenthal



IHR KOMPETENTER REIFEN- & AUTOPARTNER IN LANGENTHAL

***PNEUSERVICE | AUTOSERVICE | KLIMASERVICE
AUTOVERKAUF | AUTOVERMIETUNG***

Neben Pneus vom Profi
finden Sie bei uns auch
gepflegte Occasionen und
interessante Neuwagen.



100% 

Kirche in Not

Braucht es sie noch?

von Prof. Dr. phil. Mario Andreotti, Germanist und Historiker, Buchautor

Die Bilanz ist zugegebenermassen erschütternd: 1'002 Fälle sexuellen Missbrauchs im Umfeld der katholischen Kirche Schweiz, die in einer Studie an der Universität Zürich aufgedeckt wurden. Dass diese Verbrechen an meist unmündigen Kindern, soweit sie nicht schon verjährt sind, nicht straflos bleiben dürfen, steht ausser Frage.



Und dass diese Vergehen und Verbrechen in weiten Kreisen Abscheu erregt haben, ist ebenfalls mehr als verständlich. Es ist denn auch zu zahlreichen Kirchenaustritten gekommen. Trotzdem wird man den Eindruck nicht ganz los, dass sich viele über die fetten Schlagzeilen in der Presse freuen. Endlich kann man die katholische Kirche als solche, ihren Zölibat, ihre Sexualmoral und ihren Ausschluss der Frauen vom Priesteramt an den Pranger stellen. Das Ganze wirkt etwas inszeniert, politisch geschürt, riecht verdächtig nach Kulturkampf. Nicht alle, aber doch viele möchten die Kirche am liebsten weghaben.

Trägerin von Bildung und Kultur

Dabei wird gerne vergessen, dass die Kirche in ihrer zweitausendjährigen Geschichte unser Abendland wesentlich mitgeformt hat. Dazu ein paar Fakten: Im Mittelalter war die Kirche die fast alleinige Trägerin der Bildung und Kultur. Die Klöster errichteten eigene Schulen, sogenannte Klosterschulen, wie etwa in St. Gallen, Reichenau und Fulda, in denen nach antikem Lehrplan die sieben freien Künste – und als Krönung des Studiums die Botschaft des Evangeliums – gelehrt wurden.

Kirche als Im Gefolge der Reformation kam es zu einem Aufschwung der Schulen und Universitäten, der einen deutlichen Schub in der Schul- und Bildungsgeschichte bewirkte. Martin Luther hatte schon in seiner Schrift «An den christlichen Adel deutscher Nation» 1520 die Errichtung eines allgemeinen Schulwesens gefordert, damit alle imstande seien, die Bibel zu lesen. Bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts blieb die Schule weitgehend eine Aufgabe der Kirchen, gehörten Kirche und Bildung untrennbar zusammen. Auch wenn das Bildungswesen seit der Verfassungsrevision von 1874 weitgehend eine Sache des Staates ist, unterhalten die Kirchen immer noch eigene Volks- und Mittelschulen, obgleich deren Zahl rückläufig ist. Zudem bieten sie in den staatlichen Schulen konfessionellen Religionsunterricht an.

Verbindliche Werte statt geistiger Pluralismus

Zugegeben: Wir haben es in unserer heutigen, vollkommen pluralistischen Gesellschaft mit einer zunehmenden Säkularisierung, d.h. mit einem eklatanten Bedeutungsverlust der Religion im öffentlichen Bereich und im Leben des Einzelnen zu tun. Alles Religiöse hat sich,

soweit es noch vorhanden ist, ins Private verflüchtigt. Institutionelle Religiosität, wie sie die Landeskirchen anbieten, verliert immer mehr an Boden, auch wenn in der Schweiz fast jeder zweite Bürger angibt, an Gott zu glauben. Die Religion gleicht immer mehr einer Art Selbstbedienungsladen, wo sich jeder das holt, was er für seine seelische Hygiene gerade braucht.

Der deutsche Existentialist Karl Jaspers hat mit Blick auf unsere Epoche von einem umfassenden Werte- und Sinnverlust gesprochen. Er ist eine unweigerliche Folge jenes geistigen Pluralismus, der sich nach und nach an die Stelle einer Religion mit verbindlichen Werten gesetzt und so zu einer tiefgreifenden Orientierungskrise geführt hat. Dabei suchen die Menschen im Grunde Orientierung. Das zeigt sich nicht zuletzt an den neuen säkularen Heilslehren, mögen sie nun «Woke», «Queer», «Gender» oder «Klimakult» heissen.

Die Chance der Kirche

Und hier sind die Kirchen gefragt. Anstatt vor dem Zeitgeist einzuknicken, sollten sie noch vermehrt den Mut haben, die im Evangelium verankerten Werte gegen die überhandnehmenden neuen Götzenanbeter unbeirrt zu verkünden, und das in einer Sprache, die sich nicht in inhaltsleeren Worthülsen ergeht, sondern die einer ins Fleisch gehenden Wirklichkeitserfahrung entstammt – mit andern Worten: die der heutige Mensch versteht. So könnten sich die Chancen verbessern, neue Generationen an die Kirche heranzuführen, an eine Institution, die unsere westliche Gesellschaft, will sie an ihrer christlich geformten Kultur festhalten, weiterhin braucht.

Mario Andreotti

Prof. Dr. Mario Andreotti, Germanist und Historiker, hat sich auch in seinem vielbeachteten Buch «Eine Kultur schafft sich ab. Beiträge zu Bildung und Sprache» (Verlag FormatOst) unter anderem mit der Rolle der Kirche in unserer Gesellschaft auseinandergesetzt.

«Das aktuelle Zitat»

«Wir müssen zurück zur Wehrpflicht. Und durch eine Grundgesetz-Änderung muss klargestellt werden, dass eine Verweigerung des Wehrdienstes aus Gewissensgründen nicht mehr möglich ist. Wir müssen wehrhaft und kriegstüchtig werden. Gefahr durch Putin: Die Nato hat noch drei Jahre Zeit, sich auf Krieg vorzubereiten.»

Ralf Höcker, Medienanwalt, auf X am 5. Dezember 2023

*Der Passwang-Club wünscht allen Leserinnen
und Lesern frohe Weihnachten und ein
glückliches neues Jahr!*



**Der Passwang ist eine Pass-Strasse. Der Jura-
übergang liegt mitten im Kanton Solothurn und
verbindet Menschen sowie Regionen.**

Der Passwang-Club hat die gleiche Funktion. Er ist die exklusive Gönner-Vereinigung für innovative Unternehmer, wirtschaftliche Entscheidungsträger, bürgerliche Politiker und verantwortungsbewusste Bürger, denen die Zukunft des Kantons Solothurn und der Schweiz am Herzen liegt.

Dürfen wir davon ausgehen, dass Ihnen der freiheitliche, demokratische Rechtsstaat ein Anliegen ist? Dass auch Sie mit Sorge zur Kenntnis nehmen, wie immer mehr Parteien und Verbände nicht mehr für unsere Schweiz einstehen?

Der «Passwang-Club» ist die Gönnervereinigung der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Solothurn. Unser Verein bietet Ihnen eine Plattform, um mit interessanten Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport in einem erstklassigen Umfeld in Kontakt zu kommen. Ob Sie selber einer Partei angehören oder nicht, spielt keine Rolle. Für die Mitgliedschaft ist vielmehr die Verpflichtung auf den freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat ausschlaggebend.

Immer mehr politische Parteien sind orientierungslos und Heimatmüde. Sie verlassen die Ordnungspolitik, missachten wichtigste Grundsätze und unterwerfen sich sozialistischen Strömungen. Der «Passwang-Club» setzt diesen Tendenzen ein klares Konzept für die Zukunft unserer Heimat entgegen und fördert die ideelle Identifikation mit der Politik des Mittelstandes. Dazu gehört eine bessere Ordnungspolitik mit weniger Steuern, Abgaben und Gebühren sowie weniger Einfluss des Staates. Der Ausbreitung der staatlichen Bürokratie ist der Riegel zu schieben, die demokratische Selbstbestimmung und das Eigentum sind zu stärken.

Der «Passwang-Club» wurde 2010 im Restaurant Alpenblick (natürlich auf dem Passwang) gegründet. Bereits zur Gründungsversammlung durfte Prominenz aus verschiedenen Bereichen begrüsst werden. Über Partei- und Kantongrenzen hinweg sind namhafte Persönlichkeiten Club-Mitglieder, darunter beispielsweise auch Alt-Bundesrat Christoph Blocher.

**WERDEN SIE MITGLIED IM EXKLUSIVEN
«PASSWANG-CLUB».**

Als Mitglied des «Passwang-Clubs» profitieren Sie nicht nur von unseren offiziellen Anlässen, sondern auch von Privilegien, wie etwa reservierte Sitzplätze an bedeutenden politischen Anlässen auf nationaler Ebene u.v.m.

DISKRETIION

Die Zugehörigkeit zum «Passwang-Club» darf Aussenstehenden nur auf ausdrückliche Einwilligung des einzelnen Mitglieds bekannt gemacht werden.

www.passwang-club.ch
info@passwang-club.ch

Passwang-Club
Lischbodenweg 5
4710 Balsthal
079 717 66 76

Mitgliederbeitrag

Der Mitgliederbeitrag pro Jahr beträgt für:

EINZELPERSONEN	300 Franken
EHEPAARE	500 Franken
UNTERNEHMEN	700 Franken

Diese Beiträge werden ausschliesslich einem Spezialfonds des Vereins zugeführt, welcher für besondere Aktionen, Unterstützung von Wahlen und Abstimmungen sowie grundsätzlich für alle Projekte bestimmt ist, die den politischen Einfluss der Schweizerischen Volkspartei im Kanton Solothurn stärken.

**JA, ICH MÖCHTE DEM PASSWANG-CLUB
BEITRETEN**

Vorname: _____

Name: _____

Vor-/Nachname Ehepartner/in:

Organisation/Firma:

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____ Geburtsdatum:

E-Mail: _____

- EINZELPERSON** Fr. 300.–/Jahr
 EHEPAAR Fr. 500.–/Jahr
 UNTERNEHMEN Fr. 700.–/Jahr

Legen Sie wert darauf, dass Ihre Mitgliedschaft vertraulich behandelt wird?

- Ja
 Nein

BEMERKUNGEN

UNTERSCHRIFT _____

Bitte Beitrittstalon ausschneiden und einsenden an obige Adresse.

Nur die Besten für den Bundesrat?



Vor jeder Bundesratswahl erscheinen Zeitungsartikel mit der beschwörenden Formel: *Nur die Besten in den Bundesrat!* Kennen die Verfasser das Wahlverfahren nicht? Weil selbst bei der wählerstärksten Partei die eigenen Stimmen in der Bundesversammlung bei weitem nicht reichen, benötigen sie für eine Wahl auch Stimmen ihrer politischen Konkurrenten und Gegner. Man wird auch mit den Stimmen der Rivalen und Konkurrenten gewählt – oder eben nicht.

Die Konsequenz: Rivalen und Konkurrenten können kein Interesse haben, starke Persönlichkeiten zu wählen, sondern eher umgängliche und gefügte – oder eben kompromissfähige, wie Schwache oft schöngeredet werden. Für Kenner der Verhältnisse wäre der Zürcher Rechtsprofessor und SP-Ständerat Daniel Jositsch meines Erachtens der Beste gewesen. Er scheiterte jedoch bereits an der doppelten Nichtnominierung durch seine Partei.

War der fähige und dossierfeste, wenn bisweilen auch etwas opportunistische Jositsch den eigenen Leuten zu ehrgeizig, zu wenig ideologisch oder zu wenig woke? Oder

geriet ihm zum Nachteil, dass aufgesetzte «Gefühligkeit» so wenig seine Sache ist wie das verbreitete und verlogene Ritual, das Interesse an einer Kandidatur zu leugnen, obwohl das Amt der grösste Karrierewunsch ist?

Allerdings passt das Bestreben, durchschnittliche und harmlose Kandidaten zu wählen, nicht schlecht zu unserem System. Ein gefügiger und pflegeleichter Bundesrat braucht nicht «die hellste Kerze auf der Torte» zu sein, um im günstigen Fall durch parlamentarische Kommissionen und erfahrene Chefbeamte «geführt» und «geschoben» zu werden. Nicht vergessen werden sollte, dass auch «starke» Bundesräte wie Kurt Furgler und Christoph Blocher hin und wieder Schiffbruch erlitten haben. Furgler hat weder seine Verfassungsreform, die Innovationsrisikogarantie noch sein Projekt einer Bundessicherheitspolizei durchgebracht. Und Blocher wurde gar abgewählt.

Dass die SP Daniel Jositsch einen Platz auf dem «Ticket» verweigert und eine echte Auswahl verhindert hat, ist dennoch erklärungsbedürftig. Ebenso, dass die «Bürgerlichen» aus Angst vor Retourkutschen auf die Wahl des Besten verzichtet und unter den Kryptokommunisten das kleinere Übel gewählt haben.

Markus Eckstein, Goldach SG

Die sifa, überparteiliche Aktion für die Sicherheit der Schweiz, nimmt auf politischer Ebene Einfluss zugunsten von Sicherheits-Anliegen.

Die sifa ist die einzige Lobby-Organisation für die innere Sicherheit der Schweiz. Denn für die Sicherheit gilt, was auch für die Gesundheit gilt: Wir vermissen sie erst, wenn sie gefährdet ist, wenn wir sie verloren haben.

Reden alleine genügt nicht – Sicherheit erfordert Taten. Sicherheit für alle: Dafür kämpft die sifa.

Der Vorstand
Nationalrat Andreas Glarner
(Präsident), Grossrätin Nicole Müller-Boder (Vizepräsidentin), Anian Liebrand, Roli Märki


SICHERHEIT FÜR ALLE

**Sicherheit für alle: Dafür kämpft die sifa
– Aktion gegen Kriminalität.**

**Werden Sie Aktions-
Mitglied der sifa!**

www.sifa-schweiz.ch – Mitglied werden

- Ich möchte Unterstützer der Vereinigung sifa werden (mind. Fr. 10.- pro Jahr).
 Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein zu.

Vorname Name

Strasse PLZ / Ort

E-Mail Telefon

Geburtsdatum Unterschrift

Ausschneiden und senden an: sifa – SICHERHEIT FÜR ALLE, 6000 Luzern
oder per E-Mail: info@sifa-schweiz.ch

www.sifa-schweiz.ch | www.facebook.com/sifaschweiz

Spenden auf PC-Konto 87-370818-2 | IBAN CH79 0900 0000 8737 0818 2



eljah

werte bewahren



Silber und Gold als Münzen und Granulat

Damit Ihr Erspartes den Wert behält und jederzeit verfügbar ist!

Bereits einige Banken wanken. Durch das erhöhte Schöpfen von neuem Geld steigen die Inflationsraten Monat für Monat. Wie lange kann sich der Franken noch halten? Höchste Zeit auf wahre Werte zu setzen, die seit Jahrtausenden bestehen. Als Vermittler helfe ich Ihnen vor Ort ein S-Deposito Konto zu eröffnen und Münzen zu bestellen.



Ihr
Geschenk



Bruno Jordi
079 651 92 74
eljah.ch
jordi.b@bluewin.ch

Parlamentarier-Entscheidungen im Vergleich

«Sparen ja, aber nicht bei uns»

von Hans Kaufmann, a. Nationalrat, lic.oec.publ., Wettswil am Albis ZH

Die staatstragenden Institutionen wie der Deutsche Bundestag und der Bundespräsident sollen im Budget 2024 keine Abstriche erfahren. Dies wurde in der Budgetdebatte des Bundestages mehrmals verkündet. Der Bundespräsident und seine Leute sollen 2024 rund 47,4 Millionen Euro und damit 5,3 Prozent mehr Mittel als im Vorjahr erhalten.



Sogar 5,7 Prozent mehr soll der Bundestag bekommen. Unglaubliche 1'206 Millionen Euro werden die 736 Parlamentarier und ihre Entourage im nächsten Jahr kosten. Das sind pro Parlamentsmitglied gerechnet 1,64 Millionen Euro. Der Bundesrat – also die Vertretungen der Bundesländer – ist in diesen Zahlen nicht enthalten. Für diese 69 Amtsträger und ihre

Zudiener sind weitere 38,95 Millionen budgetiert.

Die Abgeordnetenentschädigung beträgt seit dem 1. Juli 2023 monatlich steuerbare 10'592 Euro. Dazu kommt eine steuerfreie indexierte Aufwandspauschale von derzeit 4'725 Euro. Zusammen addieren sich diese Bezüge auf 15'317 Euro oder etwa 184'000 Euro jährlich. Aber das ist noch lange nicht alles. Bundestagsabgeordnete zahlen keine Beiträge zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung. Der Höchstbemessungssatz der voll zu versteuernden Altersrenten beträgt 65 Prozent der letztbezogenen Abgeordnetenentschädigung und wird nach 26 Jahren erreicht. Für jedes Jahr der Mandatsausübung wird bei Mandatsende zudem ein Übergangsgeld von einem Monatsgehalt ausbezahlt, höchstens jedoch für 18 Monate. Aber nicht genug damit: Sie dürfen noch persönliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen und erhalten dafür monatlich 23'205 Euro.

Und das Schweizer Parlament?

Auch das Schweizer Parlament wird von einem Parlamentsdienst umsorgt, wobei diese Leute auch für die Übersetzungen und Bereitstellung von Unterlagen in drei bis vier Landessprachen zuständig sind, während in Deutschland bekanntlich lediglich eine Landessprache gilt. Zudem ist die Digitalisierung des Schweizer Parlamentsbetriebes in vollem Gange. Auch wenn die Zuordnung der Kosten – wie Spesen für Auslandsreisen, Räumlichkeiten, Sicherheit, IT-Infrastruktur etc. – in den beiden Parlamenten nicht identisch sein dürfte, so ist der Kostenunterschied doch massiv, denn ein grösseres Land bedeutet nicht zwingend mehr Parlamentsarbeit, zumal diese ja auf dreimal so viele Köpfe verteilt wird wie in der Schweiz. Der Deutsche Bundestag

ist punkte Anzahl Amtsträger das grösste demokratisch gewählte Parlament des Westens.

192'000 Franken pro Jahr

Ein Schweizer Parlamentarier «kostet» rund 192'000 Franken (+0,9 Prozent gegenüber 2023) pro Jahr, wenn man den budgetierten Aufwand 2024 für das eigentliche Parlament, durch die 246 National- und Ständeräte, teilt. Darin sind die Aufwendungen für Taggelder, Beherbergung, persönliche Mitarbeiter und nicht individuell zurechenbare Kosten enthalten. Schweizer Parlamentarier erhalten keine Pensionskassen-Rente.

Dazu kommt der Aufwand für die Parlamentsdienste. Die 315 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamentsdienste entsprechen 228 Vollzeitstellen. Insgesamt werden die Kosten dafür auf 75,1 Million Franken veranschlagt, wovon 47,4 Millionen Franken auf die eigentlichen Personalkosten entfallen. Gegenüber dem Vorjahr soll die Stellenzahl um acht Leute (+2,7 Prozent) erhöht werden. Pro Vollzeitstelle errechnen sich Personalkosten von knapp 208'000 Franken gegenüber 199'000 Franken im Jahr 2022. Legt man die gesamten Parlamentskosten inklusive Parlamentsdienste von insgesamt 112,6 Millionen Franken auf die einzelnen Mandatsträger um, so kommt man in der Schweiz auf 498'000 Franken, etwa einen Drittel von dem, was ein Parlamentsmitglied die Steuerzahler in Deutschland kostet.

Hans Kaufmann

Vom Miliz- zum Berufsparlament?

hf. Im Vergleich zum Bundestag scheinen die Bezüge der Schweizer Parlamentarier moderat. Dennoch sind sie für ein Milizparlament viel zu hoch. Ein Schweizer Parlamentarier bezieht jährlich eine Entschädigung von 140'000 bis 150'000 Franken. Die Konsequenz: Man kann davon sehr gut leben – oder sogar luxuriös, wenn man noch zusätzliche Kommissionen oder ein paar Verwaltungsratsmandate hat. Das ist gefährlich, denn Berufsparlamentarier verlieren rasch den Bezug zur realen Arbeits- und Lebenswelt der Bevölkerung und neigen zu unsinnigem Aktivismus und zum Bürokratismus. Mehrere Versuche der SVP, die Entschädigungen zu reduzieren und damit das Milizparlament zu stärken, sind bisher gescheitert, weil sich das Parlament seine Entschädigung gemäss Parlamentsgesetz selbst festlegt.

Für Alle, die GROSS auffallen wollen:

Jetzt noch günstiger
mit unserem
WEIHNACHTSRABATT!

Hier könnte
Ihre Werbung stehen

oder an mehr als
100 anderen Standorten

Blickfänger.ch

Werbefläche buchen:

info@blickfaenger.ch | blickfänger.ch | 043 499 24 19



blickfänger.ch

Auffallend mobil. Auffallend günstig.

Volksschule im Niedergang

Demotivierte Lehrkräfte

von Clarita Kunz, schulische Heilpädagogin, Feldmeilen ZH

Politikerinnen und Politiker fordern, den Lehrkräften müsse «der Rücken gestärkt» werden. Wie das geschehen soll, ist aber alles andere als klar. In der nächsten Schweizerzeit vom 12. Januar 2024 zeigt Clarita Kunz die Lösung des Problems auf.

Klar ist hingegen: Lehrerinnen und Lehrer sind ausgebildete Experten. Man sollte ihre Bedürfnisse ernst nehmen. Die Studie der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung SKBF «Belastungen und Ressourcen der Schweizer Lehrpersonen» von 2014 zeigt, dass mindestens ein Drittel demotiviert und Burn-out-gefährdet ist. Das ist inakzeptabel. Denn wer «ausgebrannt» ist, beweist, dass er einmal «gebrannt» hat, dass er sich mit Leib und Seele für den Beruf engagiert hat.

Untaugliche Inklusion

Ein Beispiel: Eine Lehrerkollegin unterrichtet eine Klasse mit 23 Viertklässlern. Sie erzählt, wie es in ihrem Klassenzimmer seit Einführung der Inklusion zu- und hergeht: «Fünf werden integrativ gefördert. Eine Heilpädagogin ist mit mir zusammen während sechzehn Stunden im Klassenzimmer anwesend und fördert diese einzeln. Drei Kinder können dem regulären Unterricht nicht folgen. Für sie muss die Heilpädagogin ein völlig anderes Programm fahren. Unter den übrigen Schülern sind fünf, die laufend disziplinarische Probleme machen und den Unterricht stören. Ich bin am Rande meiner Kräfte.»

Viele Lehrpersonen sind demotiviert und wechseln frustriert den Beruf. Der erwähnten Studie zufolge, an der sechshundert Lehrerinnen und Lehrer der fünften bis neunten Klasse teilgenommen haben, steigt jede zweite Lehrperson nach fünf Jahren wieder aus dem Schuldienst aus. Und: «Jede fünfte Lehrperson in der Schweiz fühlt sich ständig überfordert. Zudem leidet jeder dritte Pädagoge mindestens einmal pro Monat unter depressiven Beschwerden. Ebenso viele sind Burn-out-gefährdet.»

Bevormundung

Mit weitgehend wirkungslosen Reformen wird versucht, überforderten Lehrkräften beizukommen – so etwa mit der Einführung der teilautonomen Staatsschulen kurz nach der Jahrtausendwende. Teilautonomie, das tönt so, als hätten unsere Schulen vorher über gar keine Autonomie verfügt. Das ist irreführend, denn exakt das Gegenteil war der Fall: Früher waren die Schulen und damit auch die Lehrkräfte autonomer. Das Projekt Teilautonomie wurde von der Bildungsdirektion lanciert. Seither werden die Lehrkräfte von den Schulleitungen «geleitet». «Leiten» heisst aber auch «bevormunden». Schulleiter und Schulleiterinnen folgen Vorgaben von Bildungsämtern und fordern von den Lehrkräften, dass sie achtsam mit den Schülern umgehen und kontrollieren, ob die Schüler konzentriert lernen und sich auf dem Pausenplatz partizipativ und gewaltfrei verhalten. Dies müssen sie aufwendig dokumentieren. Der bürokratische Aufwand ist zu hoch, dazu kommt der Aufwand zum Unterrichten selbst. Die Lehrkräfte haben einen enormen administrativen Aufwand und immer weniger zu sagen. Die Schule ist ausgesprochen hierarchisch geworden: Bildungsdirektionen geben Reformen vor, Schulleiter müssen sie umsetzen. Sie

beurteilen den Unterricht der Lehrkräfte, stehen im Kontakt mit staatlichen Stellen, mit Heilpädagogen, Schulsozialarbeitern, Schulpsychologen und Eltern und planen Projekte, deren Ausführung den Lehrkräften obliegt. Um eine noch steilere Hierarchie zu schaffen, wird gar überlegt, ob an den Staatsschulen Stellen für Rektoren und Rektorinnen geschaffen werden sollen.

Bürokratisierung

Die Arbeit der Lehrkräfte wird zwar einerseits von den Schulleitungen unterstützt, andererseits aber stark kontrolliert. Das gefällt vielen über kurz oder lang nicht. Früher waren Lehrpersonen Einzelkämpfer. Der Start in den Beruf war hart. Übungsaufgaben mussten sich die Lehrer selbst ausdenken und – mit der Schreibmaschine oder von Hand – auf Matrizen schreiben, die sie danach im Schulhaus auf einem Spiritusdrucker druckten. Dafür war man freier. Es gab weniger Besprechungen und Absprachen, weil es beispielsweise nicht Pflicht war, jedes Jahr mit allen Eltern Zeugnisgespräche zu führen. Zahlreiche Sitzungen werden heute anberaunt, um Informationen weiterzuleiten über die Anzahl und Art der Exkursionen, über die Zusammenarbeit mit den Eltern, über Weiterbildungen usw., die obligatorisch durchgeführt oder besucht werden müssen. Und Rückmeldungen zu Elterngesprächen und Anlässen müssen auf Formularen festgehalten werden.

Die unzähligen Reformen der letzten Jahrzehnte haben die Leistungen der Schulen nicht verbessert und die Probleme nicht gelöst. Die Entdemokratisierung der Schweizer Schulen in den letzten fünfundzwanzig Jahren ist tiefgreifend. Ein Aufschrei, der sich gegen diese Entwicklung wendet, ist bislang nicht vernehmbar. Linke Kreise wehren sich heftig dagegen, wenn es darum geht, den Schulen wieder mehr Autonomie zu gewähren.

(2. Teil folgt)

Clarita Kunz

Bestellschein für das empfehlenswerte Buch der Autorin:

Anzahl: **Clarita Kunz: Schule als Leistungsbremse**
 Wie Kinder motivierter und nachhaltiger lernen
 Schwabe-Verlag, Basel 2023, 214 S., brosch., ill.,
 (Richtpreis Fr. 28.–) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 25.20

(zuzüglich Portokosten)

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
 Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch


 swiss
|
cath

Gut schweizerisch – gut katholisch:

swiss-cath.ch, das unabhängige
katholische Internet-Portal der Schweiz

«Sagen, was ist»

Im Oktober 2022 startete mit **swiss-cath.ch** ein neues, unabhängiges katholisches Internetportal. Ohne auf Klick-Zahlen zu spielen und schlagzeilen-trächtigen News hinterherzujagen, berichtet swiss-cath.ch **tagesaktuell, fundiert** und **transparent** über Ereignisse in der Kirche weltweit sowie schwerpunktmässig über das kirchliche Leben in der Schweiz.

Getreu dem journalistischen Grundsatz «Sagen, was ist» erklärt swiss-cath.ch mittels **Hintergrundberichten, Kommentaren** und **Interviews** komplexe Zusammenhänge und informiert auch über Themen, die in der Medienlandschaft oft einseitig abgehandelt oder ganz ausgeblendet werden.

Ein besonderes Augenmerk von swiss-cath.ch gilt Themen rund um den **Lebensschutz** und der **Neuevangelisierung**. Ein Veranstaltungskalender sowie Hinweise auf Neuerscheinungen und Bücher, Filme und Video-Clips runden das Angebot von swiss-cath.ch ab.

Wir stellen uns vor



Niklaus Herzog
Lic. iur. et theol.
Redaktionsleiter



Rosmarie Schärer
Lic. theol., Journalistin
Redaktion



Anian Liebrand
Geschäftsführer



Pfr. Dr. Roland Graf
Vizepräs. Trägerverein

Wir bitten Sie: Helfen Sie uns, zu wachsen! Besuchen Sie **www.swiss-cath.ch**, abonnieren Sie unseren Newsletter und machen Sie Ihr Umfeld auf das neue Internetportal aufmerksam. Herzlichen Dank!

Hochmut kommt vor dem Fall

Hinter feindlichen Linien



In der Stadt Zürich findet immer Ende Jahr die mehrtägige Budgetdebatte statt. Das mehrheitlich linke Stadtparlament berät über die Ausgaben vom nächsten Jahr, bringt kleine Korrekturen an und legt den viel zu hohen Steuerfuss fest. «Wenn Sie das Budget der Stadt Zürich anschauen, können Sie es mit einem Reisekoffer vergleichen. Es ist bei elf Milliarden Franken sicher kein Handgebäck mehr, aber es ist auch kein grosser Container wie das Bundesbudget.» Mit diesen irren Worten stieg der Finanzvorsteher Daniel Leupi (Grüne) in die diesjährige Budgetdebatte ein.

Elf Milliarden Franken Aufwand für eine Stadt mit «lediglich» 443'000 Einwohnern soll also nur ein Reisekoffer sein? Innert zehn Jahren haben es der rot-grüne Stadt- und Gemeinderat fertiggebracht, die jährlich wiederkehrenden Ausgaben um über 2'700 Millionen Steuerfranken hochzutreiben. Vor zehn Jahren war das städtische Budget noch bei 8,2 Milliarden Franken. Allein in den letzten zwei Jahren sind die jährlich wiederkehrenden Ausgaben um 1,4 Milliarden explodiert. Die Steuergelder fliessen unter anderem in

die Bürokratie, in nutzlose Klimaprojekte und an die linke Klientel. Ein starker Kostentreiber ist auch die masslose Zuwanderung.

Die Stadt Zürich schwimmt durch den äusserst erfolgreichen Kapitalismus im Geld. Von Steuersenkungen wollen die linken Politiker aber dennoch nichts wissen. Allein in den Rechnungsjahren 2016 bis 2021 schloss die Stadt Zürich mit einem kumulierten Ertragsüberschuss von rund 960 Millionen Steuerfranken ab. Innerhalb von wenigen Jahren mussten die Bevölkerung und die Unternehmen also fast eine Milliarde Franken zu viel Steuern bezahlen. Doch die SVP ist die einzige Partei, die eine massive Steuersenkung von sieben Prozentpunkten fordert.

In den nächsten Jahren werden die städtischen Ausgaben noch schneller ansteigen. Eine solch gigantische Kostenexplosion muss im finanziellen Elend enden. Hochmut kommt vor dem Fall. Und bei einem städtischen Aufwand von mindestens elf Milliarden Steuerfranken wird der Fall sehr tief sein.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat und Fraktionspräsident in der Stadt Zürich. In seiner Kolumne schreibt er über die Irrungen der linken Politik.

EDU-Standpunkt – Zeitschrift mit Mehrwert

Die Monatszeitung zum politischen und christlichen Zeitgeschehen.

Bestellschein

- Ich möchte den EDU-Standpunkt abonnieren zum Preis von CHF 30.– pro Jahr (11 Ausgaben)
- Ich möchte den EDU-Standpunkt kennenlernen. Senden Sie mir gratis einige Probeexemplare.
- Geschenkabo für:

Vorname/Name _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Wohnort _____

E-Mail _____

Datum/Unterschrift _____

Einsenden an: EDU-Standpunkt, Postfach 43, 3602 Thun
oder per E-Mail: info@edu-schweiz.ch; Tel. 033 222 36 37

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union



Die EDU politisiert auf der zeitlosen Grundlage christlicher Werte.



**Warum gab es in Gebieten ohne
Corona-Massnahmen weniger Opfer?**

**PCR-Tests - durch Bürger
bezahlten Betrug?**

**Warum lügte Berset als er sagte „Mit
dem Zertifikat kann man zeigen, dass
man nicht ansteckend ist“?**

**Keine Entschädigung
für Impfpfer?**

AUFARBEITUNGSINITIATIVE.CH

JETZT UNTERSCHREIBEN!



Alles Gute zum neuen Jahr!

Mit dem eindrücklichen Gedicht des berühmten evangelischen Theologen und Widerstandskämpfers Dietrich Bonhoeffer senden wir allen Leserinnen und Lesern der Schweizerzeit unsere besten Neujahrswünsche.

Von guten Mächten wunderbar geborgen

*Von guten Mächten treu und still umgeben,
behütet und getröstet wunderbar,
so will ich diese Tage mit euch leben
und mit euch gehen in ein neues Jahr.*

*Von guten Mächten wunderbar geborgen,
erwarten wir getrost, was kommen mag.
Gott ist mit uns am Abend und am Morgen
und ganz gewiss an jedem neuen Tag.*

*Noch will das Alte unsre Herzen quälen,
noch drückt uns böser Tage schwere Last,
ach, Herr, gib unsern aufgeschreckten Seelen
das Heil, für das Du uns bereitet hast.*

*Von guten Mächten wunderbar geborgen,
erwarten wir getrost, was kommen mag.
Gott ist mit uns am Abend und am Morgen
und ganz gewiss an jedem neuen Tag.*

*Lass warm und still die Kerzen heute flammen,
die Du in unsre Dunkelheit gebracht,
führ, wenn es sein kann, wieder uns zusammen.
Wir wissen es, Dein Licht scheint in der Nacht.*

*Von guten Mächten wunderbar geborgen,
erwarten wir getrost, was kommen mag.
Gott ist mit uns am Abend und am Morgen
und ganz gewiss an jedem neuen Tag.*



Dietrich Bonhoeffer (1906–1945), der noch am 9. April 1945, also einen Monat vor Kriegsende, im KZ Flossenbürg auf ausdrücklichen Befehl Hitlers hingerichtet wurde, hat in der Haft im Kellergefängnis des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin im Dezember 1944 das berühmte Gedicht für seine Verlobte Maria von Wedemeyer geschrieben.



Vielfältige *SCHWEIZERZEIT-* Leserschaft



us. Wer nichts leistet, der erreicht auch nichts. Ob Markus Rezzonico diese Lebenseinsicht bereits an seiner Wiege gesungen wurde, ist nicht mehr zu erfahren. Dass dieser Grundsatz sein Leben aber bereits ab seiner Jugendzeit, spätestens ab Antritt seiner Berufslehre als Buchdrucker und Offsetdrucker bestimmt hat, weiss jeder, dem das Privileg vergönnt ist, Markus Rezzonico näher kennenlernen zu dürfen und von seiner Tüchtigkeit zu profitieren.

Markus Rezzonico (markus.rezzonico@dietschi.ch)



Vor dem Bundeshaus

Kaum hatte Markus Rezzonico seine Berufslehre abgeschlossen, diktierte das in seinen Adern pulsierende Unternehmerblut sein weiteres Handeln: Bereits mit einundzwanzig Jahren gründete er eine Einzelfirma – ohne dass ihm dazu finanzielle Mittel zur Verfügung standen. Er baute allein auf seine Leistungsbereitschaft, auf seinen unbedingten Willen, Geschäftserfolg zu erzielen. Der Verkauf von Inseraten wurde zu seiner Leidenschaft. Seine Mutter erklärte sich bereit, die Büroarbeit mitsamt Buchhaltung zu übernehmen. Zu verdienen gab es in den ersten Monaten allerdings noch gar nichts. Um zu überleben, entschied sich der Jungunternehmer Markus Rezzonico, Nacht für Nacht, jeweils von 21.00 Uhr bis 05.00 Uhr im Schichtbetrieb bei Ringier in Zofingen seinem gelernten Beruf als Drucker nachzugehen. Markus Rezzonico bewältigte Nachtschicht für Nachtschicht; kurz nach fünf Uhr in der Früh traf er dann an seinem Wohnort ein und ergab sich einer kurzen Bettruhe von wenigen Stunden.

Denn bereits um zehn Uhr vormittags stand der Jungunternehmer in Schale und Krawatte vor dem ersten Geschäftsinhaber, den er als Kunden zu gewinnen suchte, als Inserent im Telefonbuch mit gelben Seiten in Olten und Umgebung. Seine Zähigkeit, sein kompromissloser Einsatzwille sicherte ihm jeden Tag einen weiteren kleinen Schritt hin zum Geschäftserfolg. Aber es vergingen zwei Jahre, bis er seiner Mutter als Bürobetreuerin und Buchhalterin und sich selbst erstmals je einen Monatslohn aus eigenem Geschäftserfolg auszubezahlen vermochte. Zuvor lebte er einzig von seinen Nachtschichten bei Ringier in Zofingen.

Als bald ging es weiter aufwärts. Schritt für Schritt erwarb er sich einen guten Ruf als phantasiereicher, kundiger und zuverlässiger Betreuer der Inseratewerbung für eine wachsende Zahl von Auftraggebern.

*

Einige Jahre nach Lancierung seiner Einzelfirma gründete Markus Rezzonico die Firma Télé-Blitz Verlag AG in Olten und Umgebung. Kombiniert mit einem Telefonbuch gelangten die von ihm geworbenen Inserate in alle Haushaltungen von Olten und Umgebung.

Mit der Gründung der Télé-Blitz Verlag AG vermochte Markus Rezzonico auch Angestellte zu beschäftigen, während er selbst sich ganz auf den Aussendienst, auf die Werbung neuer und auf die sorgfältige Betreuung bestehender Kunden konzentrierte.

*

Nach vierunddreissig Jahren selbständiger Tätigkeit – aber noch immer voller Tatendrang – konnte Markus Rezzonico seine Firma mit einem Kundenstamm von nicht weniger als eintausendsechshundert Kunden sehr vorteilhaft verkaufen. Zunächst bestand der Plan, sich in Spanien niederzulassen, sich nach enormem Einsatz für seinen Geschäftserfolg einen längeren Lebensabend zu gönnen, die Früchte des Erreichten geniessend. Doch je näher der Zeitpunkt dieser grundlegenden Veränderung in seinem Leben rückte, desto weniger konnte er sich mit frühem Rentnerdasein anfreunden.

Der Zufall wollte es, dass die in diesem Zeitraum einsetzende Veränderung im schweizerischen Zeitungsmarkt Markus Rezzonico plötzlich eine ganz neue Chance eröffnete. Die Verdrängung kleinerer Blätter, die von wenigen Grossen der Reihe nach geschluckt wurden, veränderte auch das Druckereigewerbe in der

Schweiz grundlegend. Zahlreiche ehemalige Druckereien kleinerer Zeitungen versuchten sich als Kundendruckereien zu behaupten.

Solches geschah auch in Olten. Die Druckerei des Oltners Tagblattes wurde mitsamt Personal aufgekauft und lebte danach weiter als Firma Dietschi Print & Design AG. Der Käufer dieser Druckerei suchte neue Tätigkeitsfelder, wozu er Ausschau hielt nach einem tüchtigen Aussendienst-Mitarbeiter. Er sollte der fortan auf eigenen Füßen stehenden Druckerei neue Kunden zuführen. Die Wege des Druckerei-Inhabers, Thomas Müller, kreuzten sich eher zufällig mit jenem von Markus Rezzonico, dessen Tatendrang sich mit geruhsamem Lebensabend noch nicht abzufinden vermochte. Markus Rezzonico biss an. Wohnsitznahme in der Zentralschweiz statt Lebensabend in Spanien war seine Entscheidung.

*

Beauftragt mit der Werbung neuer Kunden für die Dietschi Print&Design AG witterte Markus Rezzonico als Mitglied der SVP Kanton Solothurn Möglichkeiten, seinem Haus grössere Druckaufträge dieser politischen Partei zu sichern. Rasch baute er sein Beziehungsnetz aus. Hatte ihn bereits die SVP Solothurn zu einem ihrer Delegierten für die SVP Schweiz auserkoren, wurde er nach der Wohnsitzverlegung nach Hergiswil SVP-Delegierter des Kantons Nidwalden. An Delegiertenversammlungen suchte und fand Markus Rezzonico rasch Kontakt zu Exponenten auch anderer Kantonalparteien, nicht zuletzt aber auch zur Schweizerzeit und zur Auns, die er beide als interessante Kunden mit regelmässig erscheinenden Publikationen für Dietschi Druck in Olten zu gewinnen vermochte.



Im Bundeshaus mit Bundesrat Albert Rösti

Es war aber nicht die Art von Markus Rezzonico, seinem Betrieb bloss Aufträge zu sichern. Er schuf sich in der SVP ein breites Beziehungsnetz. Als bald wurde er zu einem der wichtigsten Berater der SVP Solothurn für Politik und Wahlkampagnen. Auf sein Talent wurden rasch auch andere SVP-Kantonalsektionen aufmerksam. Schritt für Schritt konnte er Sektionen in der ganzen Deutschschweiz, teils auch im Welschland als Kunden gewinnen.



Unterwegs für die SVP Nidwalden

Markus Rezzonico sicherte der Druckerei Dietschi nicht nur Geschäfte – nicht zuletzt grosse Druckaufträge für Initiativen und Referenden. Seinen Kunden diente er auch als Berater für Erfolg sichernde Politik-Prospekte und -Informationsmaterial. Das Herzblut, mit dem er seinem Betrieb Aufträge sicherte, wurde zum Fundament seines erneuten beruflichen Erfolgs. Markus Rezzonico war es, der erreichte, dass für die SVP Solothurn sowohl 2019 als auch 2023 Schweizerzeit-Sonderausgaben im Blick auf die Eidgenössischen Wahlen entstanden, die – in alle Haushaltungen des Kantons verteilt – wesentlich zum Erfolg der SVP Solothurn beitragen konnten.

*

Für die Schweizerzeit, das sei hier festgehalten, ist Markus Rezzonico längst nicht bloss Geschäftspartner. Er ist heute ein echter Freund unseres Blattes und seiner Herausgeber. Er scheut buchstäblich keine Anstrengung, der Schweizerzeit einerseits eine grosse Zahl regelmässiger Inserenten, aber auch neue Leserinnen und Leser zu sichern. Von gleichermassen wertvoller Zusammenarbeit profitiert neben der Schweizerzeit auch die Nachfolge-Organisation der Auns, die heute als PRO SCHWEIZ Einfluss nimmt auf das politische Geschehen in unserem Land. Aber auch Pro Libertate und PIKOM arbeiten eng mit Markus Rezzonico zusammen.

All seine Kunden, die auch seine Freunde sind, stimmen demzufolge ein in den Ruf: Ad multos annos! Mögen Markus Rezzonico, der kürzlich in festlicher Runde seinen Siebzigsten feiern konnte, und auch uns, die wir von seiner Leistungsbereitschaft so ausgeprägt profitieren, noch viele Jahre freundschaftlicher, exzellente Ergebnisse sichernder Zusammenarbeit vergönnt bleiben.

Ulrich Schlüer

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das Schweizerzeit-Magazin.
Preis bis Ende 2024: Fr. 80.–

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Mail-Adresse: _____

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum: _____

Unterschrift: _____

Einsenden an: Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Churz & Bündig

Sichtlich gequält müssen die Medien vom «tiefen Fall» der als Anführerin weltweiter Klimastreiks eben noch vergötterten Greta Thunberg berichten, da diese sich neuerdings als Hamas-Jüngerin und Antisemitin outet. Nur wo sich Medienleute von radikalen Ideologen Balken vor die Augen nageln lassen, sehen sie sich regelmässig zu solch peinlicher Berichtigung unüberlegter Schnellschuss-Lobpreisungen genötigt.

*

Das reale Brutto-Inlandprodukt, fussend auf der Wirtschaftskraft des Landes, beträgt im Nicht-EU-Mitgliedland Schweiz pro Kopf der Bevölkerung 57'100 Euro. In der Europäischen Union dagegen bloss 26'500 Euro – weniger als die Hälfte!

Ein Motiv für den Bundesrat, die Schweiz der EU zu unterwerfen?

*

Die rot-grüne deutsche Regierung ermordet Deutschlands Landwirtschaft. Ob Import aller Lebensmittel aus dem Ausland und aus Übersee wirklich umweltfreundlicher ist als Landwirtschaftsprodukte aus dem eigenen Land?

us



PAMAG
Metallbau

- Geländer
- Konsolen
- Pergolen
- Treppen
- Türen
- Vordächer
- Verglasungen

PAMAG Metallbau AG • Fohlochstrasse 7b • 8460 Marthalen
Tel. 052 305 43 30 • info@pamag-metallbau.ch • www.pamag-metallbau.ch

Wir bauen für Ihre Sicherheit!



In Marthalen realisieren wir schnell und kompetent alles rund ums Haus wie Geländer, Fluchttreppen, Türen- und Fensterelemente, Pergolen, Rankengerüste, Vordächer, Balkonverglasungen und andere Metallbauarbeiten. Unsere Produkte sind unterhaltsarm und zeichnen sich durch ihre lange Lebensdauer aus.

Unsere qualifizierten Mitarbeiter beraten Sie gerne ausführlich in unserem Betrieb oder auf Wunsch auch vor Ort. In unseren technischen Zeichnungsbüros planen wir für Sie Ihr Bauvorhaben. Hierfür verwenden wir moderne 3D-CAD-Anlagen. Für eine massgeschneiderte und fachgerechte Konstruktion, Fertigung und Montage sorgen unsere spezialisierten Mitarbeiter.

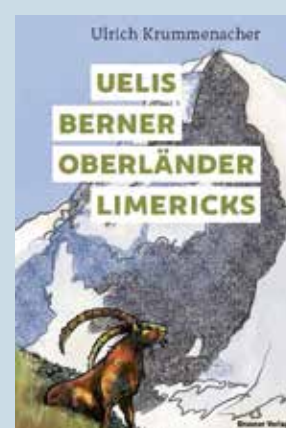
Paul Mayer
PAMAG Metallbau AG

Ein Steinbock aus dem Oberland beguckte sich die Eigerwand.

«Diese wär bei schönen Wettern etwas für mich zum Klettern.»

Zuletzt er sie aber doch zu steil fand.

Der Autor **Ulrich Kruppenacher** hat für jede Gemeinde im Berner Oberland einen humorvollen Limerick entworfen. Der Limerick ist eine besondere Gedichtform, deren Alter und Herkunft nicht klar ist. Möglicherweise steht er im Zusammenhang mit der irischen Stadt Limerick. Der Limerick besteht aus fünf Zeilen, wobei die ersten zwei mit der letzten und die zwei mittleren unter sich reimen.



Limericks waren zuerst nur in Englisch bekannt. Die Gedichte haben weder einen realen Zusammenhang mit den Personen noch den Ortsnamen und bestehen meist aus völligem Unsinn. Genau deswegen machen sie Spass beim Lesen.

Uelis Berner Oberländer Limericks
Broschur, 120 x 180 mm, 114 Seiten
Rex Verlag Luzern
ISBN 978-3-03727-092-9

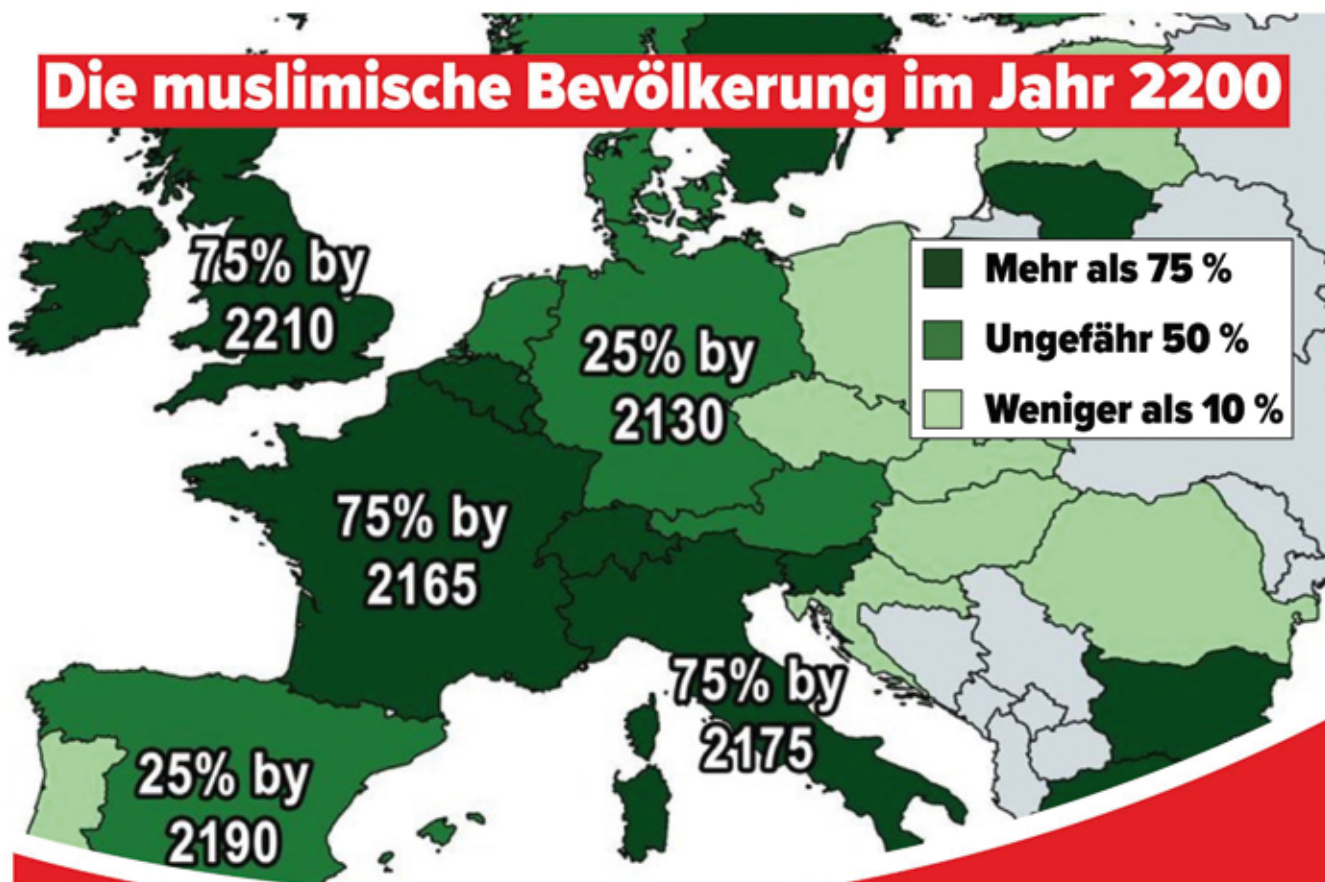
Fakten, die Bundesbern ignoriert

Die Schweiz gehört zu jenen europäischen Ländern, in denen die muslimische Bevölkerung am schnellsten wächst. Dies wegen der Migration und der hohen Geburtsrate der muslimischen Bevölkerung. Setzen sich die Geburtenraten der muslimischen und nicht-muslimischen Bevölkerung im gleichen Stil fort wie bisher, werden Muslime in ca. 125 Jahren die Mehrheit in der Schweiz bilden!

Tier 1: High-growth Muslim population countries	>5%	>10%	>25%	>50%	>75%
Austria	2015	2030	2065	2130	2200
Belgium	2015	2030	2075	2120	2150
Bulgaria	2015	2015	2095	2125	2145
Cyprus	2015	2015	2020	2065	2125
France	2015	2025	2070	2115	2145
Germany	2015	2030	2075	2180	N/A
Greece	2015	2025	2050	2085	2120
Ireland	2060	2095	2140	2180	2205
Italy	2020	2040	2085	2130	2165
Lithuania	2120	2135	2160	2180	2195
Luxembourg	2025	2035	2070	2120	2160
Norway	2015	2050	2125	2200	N/A
Slovenia	2035	2065	2120	2170	2195
Sweden	2015	2025	2060	2100	2125
Switzerland	2015	2035	2085	2150	2195
The UK	2015	2045	2110	2165	2200

Quelle:
«When will European Muslim population be majority and in which country?»,
www.emeraldinsight.com/2399-1747.htm

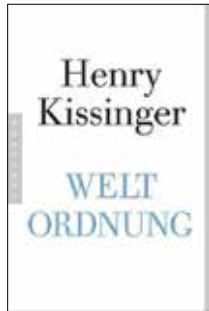
Die muslimische Bevölkerung im Jahr 2200



Henry Kissinger, hundertjährig verstorben, war als politischer Berater, als amerikanischer Aussenminister, als Publizist, als Warner und Durchschauer zunächst unerklärlicher politischer Vorgänge geschätzt oder gefürchtet. An seinen wichtigsten Werken zur Entwicklung der Weltgeschichte im 20. und 21. Jahrhundert kommt indessen niemand vorbei.

Büchertisch

AKTUELL



Weltordnung

Soll auf dem Erdball nicht unentwirrbares, mörderisches Chaos vorherrschen, müssen die dazu fähigen Völker eine Weltordnung schaffen und aufrechterhalten. Das ist für Henry Kissinger ein Axiom, das politischem Handeln zugrunde zu legen sei, sowohl während des Kalten Krieges als auch danach, als neue Staaten regional und weltweit Bedeutung und Macht erlangten.

Pantheon, München 2016, 480 S., kart., (Richtpreis Fr. 26.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 23.85



China

Zwischen Tradition und Herausforderung

Henry Kissinger war einer der ersten, der bereits in den Siebzigerjahren erkannte, dass China seinen Standpunkten weltweit Durchsetzungskraft verschaffen wollte und konnte – militärisch, politisch und wirtschaftlich. Kissingers frühe Einschätzung von China hat sich inzwischen vollumfänglich bewahrheitet – mitbestimmend für den Gang der Weltgeschichte.

Pantheon, München 2012, 624 S., kart., (Richtpreis Fr. 28.50) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 26.–



Staatskunst

Sechs Lektionen für das 21. Jahrhundert

Kissinger ist es gelungen, Weltpolitik und Weltgeschichte nicht nur wahrzunehmen und darzustellen. Er wurde vielmehr zu einem wichtigen Gestalter der Weltpolitik. Seine Beweggründe und Erkenntnisse zu wichtigen Entwicklungen, festgehalten in diesem Buch, gehören zum Wichtigsten, was derzeit realistischer Lagebeurteilung vorausgeht.

Pantheon, München 2023, 624 S., kart., (Richtpreis Fr. 32.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 29.60



Geimpft versus ungeimpft

Jetzt spricht die Wissenschaft

Robert F. Kennedy Jr. /
Dr. Brian Hooker

Zweifel nährende Machenschaften zur obrigkeitlichen Impfkampagne gegen Corona beunruhigen – angesichts bekannt gewordener Techtelmechtel zwischen dem Bundesberner Funktionärsapparat und tendenziösen Medien – auch die Schweiz. Ein Buch, verantwortet von einer unbestechlichen Persönlichkeit, präsentiert Fakten zu seinerzeit undurchsichtigen weltweiten Vorgängen

Kopp, Rottenburg 2023 (R.F. Kennedy 2023), 351 S., geb. ill., (Richtpreis Fr. 31.50) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 28.35



Der Mordfall Näf

Christian J. Huber

Der frühere Staatsanwalt, Geschworenengerichtspräsident und Zürcher Regierungsrat präsentiert Hintergründe zu einem zunächst sehr undurchsichtigen Mordfall und dessen gerichtlicher Aufarbeitung – Vorgänge, die Zürich einst aufgewühlt haben.

Königstuhl, Ulm 2024, 184 S., geb. ill., (Richtpreis Fr. 24.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 21.60



Des Teufels Geld

Der faustische Fiatgeld-Pakt – wie wir ihn kündigen und zu gutem Geld zurückkehren

Thorsten Polleit

Der Autor, wahrhaftig Experte sowohl gesunder als aber auch verbrecherischer Währungspolitik, kann Zusammenhänge erklären, die den meisten Zeitgenossen unerklärlich scheinen: Wie und warum entsteht Inflation? Was folgt aus Inflation – für Staaten ebenso wie für jeden Einzelnen?

Finanzbuch, München 2023, 348 S., geb., (Richtpreis Fr. 34.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 31.05

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

WELTGESCHICHTE



Die Zeit Constantin des Grossen

Jacob Burckhardt

Der Basler Historiker Jacob Burckhardt (1818 bis 1897) gehört zu den bedeutendsten seiner Zunft. Das Buch über Constantin den Grossen, der dem Christentum im Römischen Weltreich zum Durchbruch verhalf, erschien bereits 1853. Heute,

da das Christentum weltweit in Bedrängnis ist und kaum mehr Verteidiger findet, ist Jacob Burckhardts Einschätzung jener Epoche, da das Christentum Wegweiser im Aufstieg des Abendlands wurde, wahrhaftig überragend. Ein Buch, dessen Lektüre zum Erlebnis wird.

Severus, Hamburg 2016 (urspr. 1880), 405 S., geb., (Richtpreis Fr. 43.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 39.50

BUCHZEICHEN



Die Corona-Verschöpfung

Wie Milliardäre, Politiker und Staatsdiener wissentlich und willentlich Freiheit und Gesundheit ausradierten

Brigitte Röhrig

Auf dieses Buch warteten buchstäblich Tausende: Sowohl die, die mit den Corona-Massnahmen hauierten und sich fürchteten vor jeder Dokumentation, wie Brigitte Röhrig jetzt eine vorlegt. Ebenso gespannt auf dieses Buch sind diejenigen, welche die unter Corona-

Vorwand erlassenen einschränkenden Massnahmen und obrigkeitlichen Zwänge längst durchschaut und kritisiert haben. Denn Brigitte Röhrigs Buch vermittelt Fakten und Tatsachen – hieb- und stichfest.

Rubikon, München 2023, 523 S., brosch., (Richtpreis Fr. 32.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 29.60

Bestellschein

Schweizerzeit

Henry Kissinger

- Weltordnung **à Fr. 23.85**
 China **à Fr. 26.–**
 Staatskunst **à Fr. 29.60**

Aktuell

- R. Kennedy, B. Hooker – Geimpft vs. ... **à Fr. 28.35**
 Christian J. Huber – Der Mordfall Näf **à Fr. 21.60**
 Thorsten Polleit – Des Teufels Geld **à Fr. 31.05**

Weltgeschichte

- Jacob Burckhardt – Die Zeit Constantins ... **à Fr. 39.50**

Buchzeichen

- Brigitte Röhrig –
 Die Corona-Verschöpfung **à Fr. 29.60**

Bestellung an:

Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
 Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der Schweizerzeit-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 9.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(24/22.12.2023)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel.-Nr. _____

Datum _____

Unterschrift _____



SCHWEIZERZEIT am Radio

Das einzige unabhängige
liberal-konservative Radio für den
deutschsprachigen Raum

Auch die Schweizerzeit ist dabei!

Jeden Montag, 10 bis 11 Uhr

Schweizerzeit-Sendungen präsentieren Ihnen
Corinna Zigerli, Philipp Gut, Anian Liebrand
und Ulrich Schlüer

www.kontrafunk.radio

oder in der App

KONTRA FUNK



.radio
Die Stimme der Vernunft

Die nächste Schweizerzeit
erscheint am

12. Januar 2024

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Veranstaltungen: Elisabeth Liebi

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Markus Melzl, Mihajlo Mrakic, Charly Pichler,
Thorsten Polleit, Isabel Villalon

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Zieggelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Finanzen, Organisation: Cornelia Rick

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Schlüsselthema Migration

Was die Auswirkungen der unkontrollierten Masseneinwanderung betrifft, ist leider keine Entlastung in Sicht. Gemäss einer neuen Publikation vom 6. Dezember geht die Grossbank UBS davon aus, dass die Einwohnerzahl der Schweiz bis Mitte der 2030er-Jahre um eine weitere Million ansteigen wird. Die 9-Millionengrenze werde bereits in der ersten Jahreshälfte 2024 geknackt – danach nehme die ständige Wohnbevölkerung voraussichtlich innert eines Jahrzehnts um eine weitere Million zu.

Die Prognosen der UBS – und vor allem die dazugehörigen Kommentare – sind bemerkenswert. Noch nie sei die Wohnbevölkerung so schnell angestiegen, wie dies voraussichtlich in den nächsten zehn Jahren geschehen werde. Dabei haben bereits die Zuwanderungszahlen der letzten Jahre längst jedes vernünftige Mass gesprengt, sind doch seit Einführung der Personenfreizügigkeit 2007 mit der EU 1,5 Millionen Personen netto in die Schweiz eingewandert. Und nun wird uns offenbart, dass das alles erst der Anfang gewesen sein soll!

Die UBS hält fest: Noch nie sei eine erwartete Bevölkerungszunahme von einer Million Menschen «derart stark durch internationale Migration getrieben und gleichzeitig von so wenig Bautätigkeit begleitet» worden. Noch im Jahr

1955 zählte die Schweiz fünf Millionen Einwohner. Weil die Zunahme der Wohnbevölkerung zumindest bis etwa zum Ende des 20. Jahrhunderts von der konstanten Schaffung von Wohnraum und einem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur begleitet worden ist, sind die Mieten damals schwächer gestiegen als die Löhne.

Diese Zeiten sind laut der UBS nun definitiv vorbei: «Denn kumuliert fehlen aufgrund der lahrenden Bautätigkeit bis 2034 voraussichtlich mindestens 150'000 Wohnungen, um den Flächenkonsum stabil zu halten.» Es sei deshalb anzunehmen, dass die Angebotsmieten bis Mitte der 2030er-Jahre «real insgesamt um 25 bis 30 Prozent zulegen» würden. Für den Grossteil der Schweizer Bevölkerung wird der Traum eines bezahlbaren Eigenheims in noch weitere Ferne rücken – selbst bei gutem Einkommen.

Die Einwanderung wird das zentrale Schlüsselthema bleiben, wenn nicht gar zur Schicksalsfrage der Schweiz. Die Nachhaltigkeitsinitiative der SVP will immerhin erreichen, dass die 10-Millionen-Schweiz hinausgezögert wird. Ob diese Massnahme wirklich ausreicht, wage ich je länger je mehr zu bezweifeln.

Anian Liebrand

Schluss
Punkt